

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

64. Sitzung
19. Januar 2026

Beginn: 09.33 Uhr
Schluss: 12.27 Uhr
Vorsitz: Silke Gebel (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Silke Gebel: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0363](#)
GesPflieg
Erneuter Terroranschlag auf das Berliner Stromnetz, diesmal im Berliner Südwesten: Erkenntnisse und Konsequenzen für die pflegerische Versorgung
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0365](#)
GesPflieg
Krisenvorsorge und Versorgungssicherheit: Schutz pflegebedürftiger Menschen in häuslicher und stationärer Unterbringung bei flächendeckenden Stromausfällen und Katastrophenlagen – Lehren aus dem aktuellen Terroranschlag auf das Berliner Stromnetz
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hierzu: Anhörung

Hierzu begrüße ich ganz herzlich Frau Katharina Bauermeister – sie ist Pflegedienstleiterin beim Pflegedienstleister RENAFAN – sowie Herrn Pfarrer Matthias Blume und Herrn Michael Blümchen, die das Evangelische Diakonissenhaus Berlin Teltow Lehnin vertreten, das unter anderem eine stationäre Pflegeeinrichtung in Steglitz-Zehlendorf betreibt. Herzlich willkommen, und schön, dass Sie sich die Zeit nehmen!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. – Dann ist der Ablauf jetzt so, dass die Fraktionen, die die Besprechungspunkte angemeldet haben, das einmal kurz begründen dürfen, und dann kommen wir zu Ihnen als Anzuhörenden. Dann stellen die Abgeordneten Fragen, und dann können Sie noch einmal antworten. – Dann hat jetzt für die Koalition Herr Düsterhöft das Wort.

Lars Düsterhöft (SPD): Haben Sie vielen Dank, Frau Ausschussvorsitzende! – Bei einem Stromausfall werden ganz besonders ältere, pflegebedürftige, aber auch von Einsamkeit betroffene Menschen betroffen, weil natürlich die Kommunikation und das Erhalten von Informationen besonders schwierig waren und weil die Versorgung beispielsweise von Menschen in einer stationären Pflegeeinrichtung dann besonders schwierig war. Aber auch Menschen, die einen ambulanten Pflegedienst oder pflegende Angehörige haben, die sie unterstützen, waren in einer besonders schwierigen Situation.

Deswegen ist es uns heute ein großes Anliegen, einmal einen Blick darauf zu werfen, was in der Krise gut und was schlecht lief – ohne irgendwelche Vorwürfe zu machen, sondern einfach um zu schauen: An welchen Stellen hakte es? Wie kann man das in Zukunft vielleicht besser hinkriegen? Wie muss man das in Zukunft vielleicht auch besser hinkriegen? Wie muss man sich besser vorbereiten? Ist man beispielsweise genügend im Austausch vor Ort mit anderen Pflegediensten und anderen Einrichtungen? Wie kooperiert man dort, um auf solche Krisen vorbereitet zu sein? Das sind einige von sicherlich noch viel mehr Fragen, die heute im Raum stehen und die wir gemeinsam erörtern sollten, um zu sehen: Wo können wir besser

werden? Wo muss die Verwaltung sich vielleicht noch mal besser vorbereiten? Wo muss unter Umständen auch das Abgeordnetenhaus nachschärfen, wenn es um Gesetze geht? Auch das sind alles Aufgaben, die wir hier gemeinsam jetzt zu erledigen haben, um dafür Sorge zu tragen, dass wir beim nächsten Mal – und das nächste Mal wird es höchstwahrscheinlich irgendwann geben – besser vorbereitet sind und dann besser damit umgehen können.

Bevor ich das Wort wieder abgebe, möchte ich noch ganz kurz sagen, dass es natürlich auch ein ganz besonderes Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ambulanten, aber auch in der stationären Pflege gab in dieser Situation. Ich finde, dass es heute auch darum gehen muss, dieses besondere Engagement zu würdigen, Danke zu sagen, und auch zu hinterfragen, wie das lief, wie Sie das gemeistert haben. Auch das, finde ich, sollte uns heute gemeinsam interessieren, um zu zeigen, was dort in dieser krisenhaften Situation alles Tolles geleistet wurde. – Danke schön!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Dann hat Herr Ubbelohde das Wort.

Carsten Ubbelohde (AfD): Vielen, Frau Vorsitzende! – Ich möchte Sie auch zunächst begrüßen und freue mich, dass Sie heute da sind! Sie vertreten und repräsentieren diejenigen, denen wir in der Tat einen gehörigen Dank entgegenbringen wollen für die geleistete Arbeit unter sehr schwierigen Bedingungen in dieser kritischen Phase. Von daher meine Hoffnung, dass sich in Zukunft vermeiden lässt, dass es wieder zu so einem menschenverachtenden linksextremistischen Terroranschlag oder anderen Gründen kommt, die zu einem so weit reichenden Ausfall der Stromversorgung oder der Versorgung von Menschen führen.

Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung – und das möchte ich herausstellen – ist eine hoheitliche Aufgabe des Landes Berlin, was die Daseinsvorsorge, aber vor allen Dingen auch den Katastrophenschutz anbelangt. Hier gibt es offensichtlich Defizite. Hier waren ja 45 000 Haushalte, 2 200 Gewerbetreibende, Krankenhäuser, 74 Pflegeeinrichtungen betroffen – eine katastrophale Situation. Das darf nicht sein!

Wir haben mit zwei Anfragen vonseiten der AfD-Fraktion bereits vor diesem Ereignis darauf hingewiesen – und darauf möchte ich unsere Blicke heute auch lenken –, dass es Pflegebedürftige gibt, die ohne An- und Zugehörige alleine zu Hause sind und in so einem Fall natürlich besonders bedroht sind, neben sonstigen Pflegebedürftigen in stationären und ambulanten Pflegesituationen. Was bei diesen Anfragen herauskam, ist, dass es keine Zuständigkeit für diese Menschen gibt, keine ausreichende Kommunikation und keine Klarheit, in welcher Weise deren Bedarf erfasst werden kann und was man dann zu tun hat, um diesen Menschen zu helfen.

Darauf möchte ich den Blick lenken und in die Diskussion ein paar Punkte einwerfen, wie man pflegende Angehörige, ambulante Dienste und alleinstehende Pflegebedürftige stärker in die Katastrophenschutzpläne der Bezirke integrieren kann, zweitens wie man Pflegeeinrichtungen verpflichtend – und ist jetzt natürlich ein Ball, den ich Ihnen gerne zuspielen möchte – für längere Überbrückungszeiten durch Notstrom und Vorhaltung von Satellitenkommunikation als ein Beispiel ein Stück weit auch in die Pflicht nehmen kann, aber auch dabei ausreichende Finanzierung sicherzustellen, damit es nicht allein auf Ihren Schultern bleibt, drittens im Kiez stärker stromunabhängige Anlaufstellen geschaffen werden müssen, um medizinische Kleingeräte aufladen zu können, Notrufe abzusetzen oder ähnliches – vorletzter Punkt –,

Pflegedienste in den Ernstfall wieder auf analoge Listen und Karten zurückgreifen zu lassen, wenn digitale Tourenplaner zum Beispiel ausfallen und last but not least auch den Kampf gegen Linksextremismus insbesondere in dieser Stadt nicht hinten anstellen zu lassen, insbesondere vor der eigenen Haustür zu kehren, wenn es darum geht, solche Täter erst gar nicht in die Position kommen zu lassen, so einen Sabotageakt und so einen Terrorakt gegen die eigene Bevölkerung ausführen zu können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Dann haben jetzt die Anzuhörenden die Gelegenheit, auf die Fragen zu antworten beziehungsweise ihre Perspektive auf die Tage im Januar im Stromausfall zu beschreiben. Auch von meiner Seite noch mal vielen Dank für Ihr Durchhalten und den Einsatz! Wir sind sehr gespannt, was wir lernen können. – Wer von Ihnen fängt denn an? Haben Sie sich abgesprochen? Sonst würde ich es einfach alphabetisch machen. – Dann fängt Herr Pfarrer Blume an!

Matthias Blume (Evangelisches Diakonissenhaus Berlin Teltow Lehnin): Guten Morgen und herzlichen Dank für die Einladung! – Mein Name ist Matthias Blume, ich bin theologischer Vorstand und Vorstandsvorsitzender des Diakonissenhauses Teltow. Das Diakonissenhaus Teltow ist ein großer diakonischer Komplexträger mit Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Bildungseinrichtungen und Wohnstätten für Menschen mit geistiger Behinderung in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Wir sind zu zweit, neben mir sitzt Herr Blümchen. Er ist Geschäftsführer im Unternehmensbereich Altenhilfe, ich bin im Vorstand für die Altenhilfe zuständig.

Es geht hier um die Grüber-Häuser am Teltower Damm. Das ist unsere stationäre Einrichtung in dem betreffenden Gebiet. Das ist eine Pflegeeinrichtung mit 70 Bewohnerinnen und Bewohnern. Etwa 30 bis 40 Bewohner haben ein Demenzthema in der Einrichtung, und fünf waren zu dem Zeitpunkt bettlägerig, das heißt, nicht mobil.

Ich will jetzt vier Punkte nennen. Das erste ist: Ich möchte mich bedanken bei denen, die uns in der Krise unterstützt haben. Das sind die Mitarbeiter des Krisenstabes der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks, des Roten Kreuzes, der Johanniter Unfallhilfe und viele andere; auch viele Bürgerinnen und Bürger und Angehörige, die einfach kamen und unterstützt haben. Ich will auch sagen, wir haben in dieser Zeit nur freundliche Menschen erlebt, die versucht haben, engagiert ihren Job zu machen, die auch unter erheblicher Belastung nirgendwo ausge tickt oder unfreundlich geworden sind. Insofern ist das Erste, was ich zu dem Krisenmanagement sagen will, Dank. Natürlich gibt es Luft nach oben, und darauf kommen wir auch zu sprechen, aber das ist das, was ich zuerst sagen möchte.

Das zweite, was ich sagen möchte: Wir haben ein eigenes Krisenmanagement aufgebaut, und zwar 2022/2023. Vor dem Hintergrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine und der Energiesituation, die daraus erwachsen und entstanden ist, haben wir selbst darüber nachgedacht, wie wir eigentlich in der Krise handeln müssen und welche Konzepte wir brauchen, und haben solche für die Einrichtung erarbeitet beziehungsweise überprüft, wo wir sie schon hatten. Die simple Frage „Wer muss was wann und wo tun?“ ist darin behandelt. Es gibt einen Fahrplan, es gibt sozusagen Auskunft über die Dinge, die in so einem Fall benötigt werden und so weiter. Dabei haben wir jetzt in der Krise Lücken festgestellt. Wenn es Sie interessiert, kann ich gerne noch etwas dazu sagen, aber wir haben auf jeden Fall gemerkt: Es greift, und es hat

uns sehr geholfen, diese Krise jetzt zu bewältigen. Ich würde dann nachher vielleicht im Frage teil noch mal darauf eingehen.

Welche Probleme hatten wir? – Wir hatten keine Heizung, wir hatten eine Hebeanlage, die nicht mehr funktionierte, wir hatten keine Kühlmöglichkeiten mehr, und wir hatten unzureichendes Mobilfunknetz, was die Kommunikation erschwert hat. Zentrale Frage war für die Pflegeeinrichtung: Wie lange halten wir es aus, und wann muss evakuiert werden? Das war die zentrale Frage. Die Frage, wohin, hatten wir selbst in unserem Unternehmensverbund längst geklärt.

Die Kontakte zum Krisenmanagement sind für mich der vierte Punkt: Da hatten wir Kontakte zur Feuerwehr und zur Leitstelle. Als klar war, das wird keine Krise sein, die schnell behoben ist, sondern länger dauern, haben wir uns über die 112 dort eingewählt und sozusagen Kontakt aufgenommen. Wir haben dann beobachtet: Insgesamt fünfmal kam die Feuerwehr zu uns in die Einrichtung mit sogenannten Erkundern und nahm immer wieder die Daten der Einrichtung auf, also eigentlich immer wieder das Gleiche. Das ist so ein erster Punkt, wo ich sage, das war nicht notwendig, weil das nur Stress im System erzeugt. Denn die Daten müssen wieder ausgewertet werden, damit müssen sich Menschen beschäftigen. Einmal hätte im Prinzip gereicht.

Technisches Hilfswerk: Wir hatten die Information aus dem Krisenstab, dass am 4. Januar, also am Sonntag, um 12 Uhr das Technische Hilfswerk mit einem Notstandstromaggregat käme und wir dann mit Notstrom versorgt werden; kam es aber nicht. Warum erzähle ich das? Nicht, weil es nicht kam, sondern was macht man, wenn etwas nicht eintrifft, womit man rechnet? Man versucht rauszukriegen: Wo stehen wir? Kommt es überhaupt? Kommt es später? Wie ist der Stand? – Und da haben wir natürlich beim Technischen Hilfswerk angerufen, und das Technische Hilfswerk hat gesagt: Ruft uns nicht an, ruft die 112 an. – Haben wir gemacht, und damit befassen wir sozusagen das System wieder mit einer Neuaufnahme. Es muss faktisch wieder alles neu von vorne aufgenommen werden und erzeugt wiederum Stress im System, und wenn man dann mehrmals nachfragt, passiert jedes Mal wieder das Gleiche. Das war sozusagen jedenfalls unser Bild. Als das THW dann vor Ort war, war alles tipptopp, kompetent, freundlich, verbindlich und so weiter. Es stimmte alles.

Rotes Kreuz – jetzt wird meine Zeit knapp, aber ich bin auch gleich fertig –, Johanniter Unfallhilfe: Die kamen zu uns, haben gesagt: Wir haben auch keinen Strom, aber wir haben heißes Wasser und wir haben heißen Tee.

Direkter Kontakt zum Krisenstab in Zehlendorf: einerseits telefonisch, aber das hat nicht gut geklappt. Insofern sind wir beide hingefahren – mit Herrn Blümchen –, haben das dort erlebt. Was uns dort aufgefallen ist, war: Es gab keine Trennung von sozusagen privaten Ansprechpartnern und Vertretern von Trägern, sozialen Trägern oder Firmen. Das heißt, es gab da nur einen Ansprechpartner, den man finden musste, und dann war der umringt von privaten Problemen, und dann kommen wir als Träger. Wir haben das dort also nicht getrennt gefunden. Dann bekamen wir natürlich unterschiedliche Informationen. Das Ordnungsamt hat gesagt, wir können euch nicht zum Krisenstab vorlassen; eine Vertreterin des Krisenstabes sagte, links hinten die Treppe hoch, da ist der Krisenstab; also widersprüchliche Informationen.

Wir haben darüber nachgedacht, was so eine soziale Einrichtung eigentlich bräuchte. – Man bräuchte eigentlich als Vertreter einer sozialen Einrichtung so etwas wie einen Lotsen, der einem hilft, durch diese Krise hindurchzukommen, den man sozusagen wieder kontaktieren kann, wenn etwas nicht eingetreten ist, was zugesagt war, weil es, glaube ich, schädlich ist, dass man über die 112 das System wieder von vorne neu bemüht. Insofern wäre hilfreich, wenn man einen Kontakt hätte. Es geht nicht darum, dass das Notstromaggregat nun sofort da ist. Das kann länger dauern, das wissen wir, es ist alles kompliziert. Aber man bräuchte eigentlich jemanden, der einen durch die Krise managt. – So viel vielleicht. Wir hatten das Glück, am Sonntag zu den ersten Haushalten zu gehören, die durch Stromnetz Berlin wieder mit Energie versorgt wurden. Das war natürlich toll, aber wir haben sehr viel aus der Situation auch für uns selbst gelernt. – Danke!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! Ich weiß nicht, ob Herr Blümchen gleich anschließen möchte? – Okay, dann Frau Bauermeister!

Katharina Bauermeister (RENEFAN GmbH): Wie alt sind Ihre Eltern? Leben sie noch? Sind sie vielleicht pflegebedürftig? Wie geht es Ihnen, wenn Sie Ihre Eltern nicht erreichen können? – Und nein, es war nicht nur das Telefon, es war auch die Heizung, warmes Wasser; die Klingeln haben nicht funktioniert. Die Kollegen haben sich teils mit Schneebällen bemerkbar machen müssen, da sie nicht in die Häuser kamen.

Die Rufbereitschaft hat am Samstag zuerst versucht, die Klienten anzurufen, ob sie überhaupt betroffen sind, oder die Angehörigen kontaktiert. Aber wir können natürlich nicht dastehen und abwarten, bis etwas passiert oder wir informiert werden. Die Menschen müssen versorgt werden. Sauerstoffgeräte funktionierten nicht, Treppenlifter konnten nicht genutzt werden. Windeln müssen gewechselt, Medikamente verabreicht werden. Die Menschen sind teils in Hotels gezogen, dadurch wurden Wege länger und Fahrzeiten höher. Aber egal wie – es musste laufen.

Wie war das nun für uns am Vormittag des 3. Januar? – Ich möchte Ihnen gerne den Bericht von einem meiner Mitarbeiter vorlesen, der das ziemlich gut veranschaulicht:

Am 3. Januar 2026, gegen 6 Uhr morgens, war der Strom ausgefallen. In Bosnien ist das ja nichts Ungewöhnliches, also fühlte ich mich ein bisschen wie zu Hause. Es war der perfekte Moment für eine Winteridylle, denn die Temperatur lag bei 1 bis 2 Grad. Zu Schichtbeginn war die Lage noch nicht so ernst, da es in der Nähe des Büros Strom gab. Herr E. hatte Strom, und auch das Büro hatte Strom. Die Situation wurde erst bei Frau O. schwer, weil ich ohne die Leuchte meines Handys nicht in die Wohnung kam. Das gleiche Problem hatte ich auch bei anderen.

Bei Herrn G. stellte ich fest, dass es neben dem Strom auch kein Internet, kein Festnetz, keine Heizung und auch kein warmes Wasser gab und das Mobilfunknetz nur in der Nähe des S-Bahnhofes funktionierte. Ich fragte Herrn G., ob er bald was essen könne, da er Insulin bekommen hatte. Das Problem war nicht das Frühstück, sondern das heiße Wasser für Kaffee und Tee. Er sagte mir, dass es kein Problem sei, einmal ohne Kaffee oder Tee zu frühstücken. Mir kam dann die Idee, den Kollegen aus der Spätschicht zu bitten, aus dem Büro eine Kanne mit heißem Wasser mitzubringen. Dieses Problem hatten einige.

Noch schwieriger wurde es, als ich bei Frau R. und bei Frau O. nicht ins Gebäude kam. Die Klingel funktionierte nicht, und ich konnte sie nicht anrufen. Ich konnte nicht an das Fenster klopfen, weil sie so hoch oben wohnen. Zum Glück lag Schnee. Ich habe Schneebälle ans Fenster geworfen. Frau R. hat zum Glück einen Gasherd, also hatte sie auch warmes Wasser. Das Problem bei Frau L. war, obwohl sie einen Gasherd hatte, konnte sie diesen nicht alleine anschalten, da sie schlecht bis gar nichts mehr sieht. Also wickelte ich ihr die Beine und schaltete den Gasherd an. Ich ging zurück ins Büro, kochte Wasser und füllte es in Thermoskannen. Später bei Herrn W. gab es ein ernstes Problem, da ich ihn überhaupt nicht erreichen konnte. Die elektronisch gesteuerten Jalousien waren heruntergelassen, und er schlief oben. Er benutzt einen Treppenlift.

Am 4. Januar begann meine Schicht damit, Wasser im Büro abzukochen und erneut Thermoskannen mitzunehmen. Ich fuhr erst die an, die zu Hause waren und heißes Wasser brauchten. Aber das größte Problem blieb, wie man mit Patienten umgeht, von denen wir keinen Schlüssel haben, ich sie nicht telefonisch erreichen konnte. Es blieben nur die Schneebälle, oder an Fenster und Türen zu klopfen. Viele konnten dann zum Glück zu Freunden, Bekannten und Verwandten oder in Hotels. Aber einige wollten ihr Zuhause nicht verlassen und blieben. So kam ich in den nächsten zwei Tagen, obwohl ich frei hatte, trotzdem, um sie mit heißem Wasser zu versorgen oder auch nur mal mit einer Powerbank, um Handys aufzuladen.

Für uns waren der 3. Januar und die Tage danach widrig, weil die Systeme nicht funktionierten, Handys nicht überall Empfang hatten wir uns also nicht wie sonst abstimmen konnten, die Ampeln aus waren, sodass der Verkehr schwieriger zu bewältigen war. Für uns war es also widrig, aber für unsere Senioren teils eine Katastrophe. Frau M. sagte zu mir, sie fühlte sich wie zu Kriegsende. Man kam in ein kaltes, leeres Haus.

Es war ja nicht alles katastrophal. Zwei meiner Kollegen standen zum Beispiel während ihrer Schicht in ihrer Pause zusammen, und anhand der beschrifteten Autos sah man, wo sie arbeiten, und das Ordnungsamt sprach die beiden an und bot Unterstützung an. So viel Polizei habe ich in Zehlendorf bislang auch noch nicht gesehen. Das war zwar ein bisschen beängstigend, aber auch beruhigend.

Was ich Ihnen mitgeben will: Wir kriegen das schon hin. Immer. Egal wie. Das ist unser Job. Aber in unserem Land gibt es für alles, wirklich alles Regeln, Vorschriften, Berichtspflichten, Dokumentationen. Und dann haben wir leider keinen Plan, wenn bei uns eine Stromleitung ausfällt. Ich würde mir wünschen, dass es einen besseren Plan gibt, auf so etwas zu reagieren, als in dieser Woche. – Danke schön!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank für diese eindrücklichen Berichte! – Ich habe jetzt Wortmeldungen. – Frau Atli, Sie sind die erste, die eine Frage an die Anzuhörenden stellen kann!

Sebahat Atli (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch für Ihre Erfahrungsberichte, die Sie mit uns teilen! Es ist einerseits schwierig, sich das anzuhören, weil es eine Situation ist, die eine besondere Herausforderung für alle gewesen ist. Sie haben das Bes-

te daraus gemacht, was möglich war. Besonders vulnerable Gruppen sind Ihre Zielgruppen, und Sie sorgen sich obendrein um jene, die Sie nicht sofort erreichen können, die bei Ihnen sozusagen nicht direkt in der Kommunikation sind. Vorab herzlichen Dank im Namen der SPD-Fraktion für Ihr Engagement, beruflich und auch ehrenamtlich, menschlich! Das war hervorragend.

Meine Frage ist: Welchen Ratschlag können Sie konkret für diese Gruppen, die eben nicht bei Ihnen sind, an die Senatsverwaltung geben, wie man die erreichen könnte? Was kann die Senatsverwaltung Gutes tun, damit Menschen – Sie haben ja ein Netzwerk in Ihre Kreise, auf Ihrer Ebene. Wie ist es mit jenen, die nicht so angedockt sind und zu Hause alleine leben, einsam und ohne Heizung, ohne Telefon, ohne Schneeball am Fenster? Was geschieht mit solchen Leuten? Ich denke, da haben Sie gute Ideen.

Den Senat würde ich gerne fragen: Wie lief es denn im Bezirk? – Sie haben erzählt, Sie haben ein Notfalltelefon Krisenmanagement schon vorab 2022 ins Leben gerufen. Das hat gut funktioniert, so gut wie möglich. Wie sieht es auf der Bezirksebene aus? Gab es da auch eine zentrale Telefonnummer, wo man sich Hilfe holen konnte? Ich meine, die Feuerwehr wurde angerufen, sie kamen immer wieder, haben die Situation erkundet, gefragt und ein Update mitgenommen; aber gab es auch ein Zentraltelefon beim Bezirksamt, und wenn ja, wann genau? Wie war das Vorgehen dort? – Sie haben ja bemängelt, es gab keine Ansprechperson für Ihren Bedarf direkt, sondern ein Telefon war allgemein für alle irgendwann freigeschaltet, und das war sicherlich unzureichend. Gibt es da Ideen, so ein Krisenmanagement auf Bezirksebene auf die Schnelle auch zu koordinieren, wo auch Sie genau wissen, welche Pflegeeinrichtung haben wir? Und obendrein natürlich auch: Jene, die älter sind und zu Hause allein leben – wie ist da die Versorgung sichergestellt? – Vielen Dank vorab!

Vorsitzende Silke Gebel: Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Auch von meiner Seite vielen Dank! Meine erste Frage handelt noch immer von Sicherheitskonzepten. Sie haben gesagt, Sie haben 2022 ein Sicherheitskonzept erstellt. Haben Sie das alleine gemacht oder hatten Sie da Unterstützung? – Meine Frage an die Senatsverwaltung: Haben denn jetzt alle Pflegeeinrichtung Sicherheitskonzepte? Wissen Sie das? Oder planen Sie da in irgendeiner Art und Weise einen Austausch? Das gilt natürlich nicht nur für die stationäre Pflege, sondern das gilt auch für die ambulante Pflege. Denn bestimmte Sachen wird man nicht schnell regeln können. Aber das ist ja auch dramatisch, was Sie geschildert haben, und wenn das Hochhäuser sind und die Leute im zwölften, dreizehnten, achten, neunten Stock wohnen, dann muss man schon gut zielen können mit dem Schneeball; und es ist auch nicht immer Schnee. Das ist also wahrscheinlich nicht die Lösung, da braucht man noch was anderes.

Die Notstromaggregate: Wie immer in der Krise werden wir alle zu Experten und Expertinnen und haben ganz viele Ideen. Das betrifft ja nicht nur Abgeordnete, sondern das ist ja dann immer so, bei allen. Ich habe trotzdem noch Fragen zu den Notstromaggregaten und würde gerne von Ihnen hören: Würden Sie es für sinnvoll ansehen, wenn stationäre Pflegeeinrichtungen verpflichtet wären, wie die Krankenhäuser auch entsprechende Notstromaggregate anzuschaffen? Oder wäre es möglicherweise in dem Fall sinnvoller, wenn es eine Planung gibt, dass das Land Berlin oder von mir aus auch der Bund die mobilen Notstromaggregate anschafft, die man überall hinfahren und anschließen kann? Das war ja auch eine Debatte. Der

Handelsverband hat gesagt, mobile Notstromaggregate sind viel besser, die kann man nämlich auch in irgendeinen Supermarkt stellen. Da haben wir ja auch erlebt, dass das einfach eine echte Anlaufstelle war. Vielleicht muss man auch damit rechnen, dass die Notstromaggregate, wenn sie denn mal gebraucht werden, nicht mehr funktionieren. Was wäre da also die bessere Lösung? – An die Senatsverwaltung: Gibt es einen entsprechenden Austausch mit der Bundesebene, und welche Lösungen werden da diskutiert?

Über den dritten Punkt hatten wir im letzten Ausschuss schon mal kurz gesprochen: Was ist eigentlich mit den Pflege-WGs? – Da gibt es keine Liste. Und was ist mit den Menschen in der häuslichen Pflege? Beim Pflegedienst wissen die Pflegedienste, dass es sie gibt. Wenn sie nur die Angehörigen pflegen, weiß es niemand. Und dennoch tauchte Herr Broemme auf, und es gab einen Bericht im Tagesspiegel, dass es ja schon längst ein entsprechendes Register gibt, das auch genutzt wird. Meine Frage an die Senatsverwaltung: Gibt es denn dort einen Austausch mit dieser Initiative? Das erfolgt ja offensichtlich alles auf Spendenbasis. Gibt es da eine Zusammenarbeit? – Und meine Frage an Sie, die Anzuhörenden: Wussten Sie von diesem Register? Sind Sie mit denen in Kontakt oder in dem Register sogar eingetragen?

Ich komme jetzt noch mit einem neuen Punkt: Es gab in diesem Gebiet auch ein Hospiz. Die Hospize haben wir heute völlig außen vor gelassen. Deshalb meine Frage noch mal an die Senatsverwaltung, ob es da Überlegungen gibt, denn ein Hospiz räumen zu müssen, ist ja mindestens genauso dramatisch wie eben auch eine Pflegeeinrichtung, in der dann vielleicht auch noch demente Menschen sind.

Zur Frage der Kommunikation wurde schon einiges von Herrn Blume gesagt. Mich würde noch mal interessieren, wie Sie als ambulanter Pflegedienst, aber auch als stationäre Pflegeeinrichtung, als Träger, eigentlich davon erfahren haben. Wurden Sie informiert, oder so wie alle anderen über – was weiß ich? – die Polizei, die durch die Straßen gefahren ist? Denn auch da gab es ja kaum noch Kommunikation.

Meine letzte Frage, weil ich es letztes Mal schon angesprochen habe: Es gibt ja Strukturen, nämlich Freiwilligenstrukturen in dieser Stadt, ganz viele zivilgesellschaftlich Engagierte, die man einbinden könnte, dass die von Tür zu Tür gehen, die Leute ansprechen, dort heißes Wasser, Tee und Ähnliches bringen, wie es eben auch die Kirchengemeinde gehandhabt hat. Deshalb frage es jetzt noch mal: Offensichtlich gab es hier keine Kooperation – ist denn in Zukunft und bei allem, was man jetzt auch neu macht, aus den Erfahrungen geplant, die Freiwilligenagenturen in den Bezirken auch mit einzubeziehen, die LIGA-Verbände mit einzubeziehen, um hier eben auch die Feuerwehr, die Polizei, die Hilfsorganisationen zu entlasten und die Menschen zu unterstützen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Ich will einmal ganz kurz noch mal an die Abgeordneten appellieren, selbst auch auf die Redezeit zu achten, sodass wir alle so bei drei Minuten bleiben, und würde jetzt immer noch versuchen, mit dem Räuspern zu arbeiten. Wir haben mittlerweile schon zehn Leute auf der Redeliste. – Herr Düsterhöft!

Lars Düsterhöft (SPD): Haben Sie vielen Dank, Frau Ausschussvorsitzende! – Zunächst einmal, Herr Blume und Herr Blümchen, kurze Fragen an Sie: Noch mal zurück zu dem Thema Notstromaggregate – gibt es denn in Ihrem Unternehmen Notstromaggregate, die man hätte ordern können? Auch wenn jetzt vielleicht der Weg ein bisschen weiter gewesen wäre,

wäre das ja vielleicht auch noch eine Option gewesen. Dazu wurden jetzt schon ein paar Fragen gestellt; ich glaube, diese schließt sich da noch mal ganz gut an.

Dann haben Sie gesagt, Herr Blume, Sie würden gerne über Lücken im Konzept reden. Das würde mich sehr interessieren. Wo waren da aus Ihrer Sicht die Probleme? Wo muss man nachsteuern bei solch einem Konzept? – Da an Ihre Ausführungen anschließend die Frage an die Senatsverwaltung, wie der Krisenstab im Bereich Pflege aufgebaut war. Ich weiß auch, dass es seitens beispielsweise der Heimaufsicht ein tolles Engagement gab. Aber tatsächlich stellt sich ja die Frage, wie solch ein Krisenstab aufgebaut ist, ob es dort nicht einen zentralen Ansprechpartner, eine zentrale Ansprechpartnerin geben müsste für ambulante und stationäre Pflegedienste und Pflege-WGs und auch Hospize beispielsweise, also wirklich Institutionen im Bereich der Pflege, sodass man eben nicht immer nur am Anfang bei der Feuerwehr anruft und dann aber irgendwann hoffentlich den direkten Draht zu der Person hat, die sich dort besonders gut einbringen kann im Krisenstab und das dann auch managen kann.

Dann noch mal zum ambulanten Bereich, da würde mich interessieren: Wissen Sie eigentlich, welche Ihrer Patienten Sauerstoffgeräte haben und das brauchen? Ich war früher auch in der Pflege tätig, und ich würde behaupten, wir wussten nicht immer, ob jemand das braucht, denn wir waren ja nur da, um beispielsweise zu waschen oder das Essen zu reichen oder sonst was zu machen. Die anderen Geräte, die da so drum herum waren, kamen ja nicht unbedingt vom Pflegedienst. Das würde mich interessieren, also ob Sie eigentlich eine Übersicht haben über Ihre Patienten, ob die Sauerstoffgeräte haben et cetera.

Dann noch die Frage nach dem Konzept: Ich weiß, dass die stationären Pflegeangebote ein Konzept haben müssen, wie sie in solch einem Fall arbeiten. Gibt es das auch im Bereich der ambulanten Pflegedienste? Ich vermute mal nicht, aber das wäre ja dann wahrscheinlich genau solch ein Punkt, wo man auch nachschärfen könnte in Zukunft, um sich darauf besser vorzubereiten: Was ist eigentlich, wenn das Licht im Büro aus ist und wir davon ausgehen müssen, dass wir auch keine Patienten erreichen? Welche Mechanismen greifen dann?

Letzte Frage: Ist denn eine überschaubare Anzahl an Patienten tatsächlich in Hotels umgezogen? Was für Erfahrungen haben Sie da machen können? – Danke schön!

Vorsitzende Silke Gebel: Herr Ubbelohde!

Carsten Ubbelohde (AfD): Ich habe ein paar Fragen an die Anzuhörenden, aber auch an den Senat. Wie hat der Senat während der mehrtägigen Situation des Stromausfalls sichergestellt, dass Menschen in häuslicher Intensivpflege ohne Kommunikationsmöglichkeiten rechtzeitig gefunden wurden? Welche Konsequenzen zieht er daraus? Welche Kenntnisse hat der Senat über die Anzahl der Patienten in häuslicher Pflege, insbesondere die ohne An- und Zugehörige? Wie wird sichergestellt, dass die Daten, die sie benötigen, um den Menschen helfen zu können, den Rettungskräften im Fall eines Blackouts ohne Zeitverzug vorliegen? Wie schätzt der Senat das Datenschutzproblem ein, dass die Daten, die nahezu ausschließlich bei den Pflegekassen liegen – meiner Kenntnis nach, und in der Beantwortung meiner Anfrage wurde das ist ja bereits deutlich –, dass diese Daten der Pflegekassen möglicherweise zukünftig dann in so einem Krisenfall den Einsatzkräften, Rettungskräften auch zur Verfügung stehen, also der Datenschutz dahingehend modifiziert wird? Gibt es da schon Gespräche im Senat? Was halten Sie davon? Und wie plant der Senat das Konzept der Katastrophenschutz-Leuchttürme

so weiterzuentwickeln, dass diese nicht nur Informationspunkte sind, sondern spezifische medizinisch-technische, pflegerische Bedarfe abdecken können wie Handys und Powerbanks aufzuladen, Beatmungsgeräte instand zu setzen und vieles mehr? – Vielen Dank!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Jetzt habe ich mich gemeldet.

Silke Gebel (GRÜNE): Ich fand es sehr spannend, Herr Blume, dass Sie gesagt haben, Sie hatten quasi diesen Plan, und dann haben Sie den einmal angewendet, und dann hat man gesehen, wie dieser Plan weiterentwickelt wird, denn genau das ist ja das, was wir eigentlich auch alle lernen müssen.

Deswegen wäre ich auch sehr an diesen Lücken interessiert, gerade an diesem Punkt – das haben Sie eben gesagt, und das kam auch bei Frau Bauermeister rüber –, dass das Handynetz ausfällt beziehungsweise man nicht mehr telefonieren kann, aber vieles auf digitalen Technologien basiert, wie man das Problem löst, dass man eine analoge Variante hat und die dann auch aufrecht erhalten wird. Denn ich erlebe das auch sehr häufig, ganz viel muss man analog bereithalten, und dann sind immer alle genervt und sagen, ach, jetzt müssen wir das analog haben, dieser ganze Papierkram, und man braucht es halt für einen Notfall, der einmal in vier Jahren auftritt; deswegen das vielleicht auch als Doppelung an die Senatsverwaltung.

Jetzt haben Sie davon gelernt. In Reinickendorf gab es keinen Stromausfall. Wie schafft man diesen Wissenstransfer, sodass alle Pflegeeinrichtungen davon profitieren können? – Dabei ist die Senatsverwaltung eine wichtige Schnittstelle, dass man dieses Wissen an alle bringt, oder auch, dass die Träger das untereinander kommunizieren. Das würde mich auf jeden Fall noch mal interessieren, diese grundsätzliche Frage: Welche strukturellen Verbesserungen braucht man jetzt? Notfallpläne wurden angesprochen, aber auch Vorräte, Schulungen für Pflegekräfte – was ist das Learning daraus? Wie priorisiert man in so einer Situation? Ist es dann das Wasser? Ist es rauszufinden, wer an dem Notstromaggregat ist? – und so weiter.

Mich würde auch interessieren, ob Sie in diesem konkreten Fall – das haben viele der Kolleginnen und Kollegen hier auch schon gefragt, weil wir das im Ausschuss gerade diskutieren – mit dem aktuellen Notfallregister gearbeitet haben. Sind Klientinnen und Klienten registriert, oder hat das eigentlich gar keine Rolle gespielt? Denn in Ihren Berichten hat das bisher keine Rolle gespielt. Vielleicht hat die Feuerwehr das auch irgendwie angesprochen. Das würde ich gerne noch wissen.

Vorsitzende Silke Gebel: Dann kommen wir zu Frau Dr. Wein.

Dr. Claudia Wein (CDU): Mich interessiert sehr: Sie haben jetzt in gewisser Hinsicht ein bisschen beruhigend – und das finde ich gut – über die Versorgung derjenigen berichtet, die schon irgendwem als hilfsbedürftig bekannt sind. Wir haben in Berlin eine hohe Zahl an Menschen, die allein leben. Da gibt es immer welche, die im Grunde an der Schwelle zur Hilfsbedürftigkeit stehen, die entsprechenden Maßnahmen sind aber noch nicht eingeleitet. Das ist jetzt auch eher eine Frage nach Ihrer Einschätzung, nicht danach, wie weit Sie sich zuständig fühlen, das können Sie ja in dem Sinne gar nicht: Was würden Sie empfehlen, wie das Land Berlin vorgehen sollte, um diese nicht kleine Zahl anzusprechen und zu gucken, ob man da irgendetwas hinterlegen kann? Jeder von uns kennt Menschen mit einem leeren Blick, wo man im Grunde schon ahnt, dass das jemand sein könnte, der vielleicht dement ist, der aber zum Beispiel noch alleine im Laden und zu Hause unversorgt ist. Was sollte man also tun, um solche Menschen zu erreichen und ihnen anzubieten, sich beispielsweise in ein Register einzutragen oder Ähnliches? – Danke!

Vorsitzende Silke Gebel: Dann habe ich noch Herrn Zander.

Christian Zander (CDU): Vielen Dank! – Herr Blume, Sie hatten berichtet, dass Sie im Rathaus waren, um zum Krisenstab zu gelangen, und dass Sie zwei unterschiedliche Auskünfte erhalten hatten, aber eine Person Ihnen dann doch gesagt hat, wo Sie den Weg dorthin finden. Sie haben dann dort wahrscheinlich tatsächlich vorgesprochen, so vermute ich. Mich würde interessieren: Was waren Ihre Erwartungen? Was war Ihr Ziel für dieses Gespräch? Was ist

nach diesem Gespräch aus Ihren Erwartungen geworden? Konnte Ihnen dann geholfen werden?

Dann an Frau Bauermeister zwei Fragen, das eine hatte auch Herr Düsterhöft schon angesprochen: Sie sagten, Sie hatten zum Glück Strom. Aber was hätten Sie gemacht, wenn Sie keinen Strom gehabt hätten? Wie hätte sich dann Ihre Arbeit dargestellt? Hatten Sie das in der Zeit auch überlegt: Was passiert, wenn bei uns jetzt auch noch der Strom ausfällt, was machen wir dann? Hatten Sie Kontakt zu anderen in dem Bereich tätigen Pflegediensten, die vielleicht nicht so ein Glück hatten, Strom zu haben? Wurden Unterstützungsbitten geäußert, oder gab es da einen Austausch? Was haben Sie von denen gehört?

Die zweite Frage: Sie haben aus dem Bericht vorgelesen, dass zum Glück viele von denen, die Sie gepflegt haben, die Sie aufsuchen, um die Sie sich kümmern, woanders untergekommen sind. Aber wie war das bei denen, die alleine zu Hause leben, die wirklich niemanden haben? Waren Sie darin dann auch selbst involviert, verwickelt? Haben Sie selbst Leute unterstützt, zum Beispiel einen Platz in einem Hotel oder woanders zu bekommen? Wenn ja, wie lief das denn? Denn der Kontakt selbst konnte ja telefonisch nicht von den Wohnungen aus passieren. Das würde mich auch interessieren.

An den Senat noch die Frage: Den Krisenstab im Bezirk und auch von der Senatsebene aus gab es. Aber was wäre denn passiert, wenn nicht wie damals in Treptow-Köpenick oder jetzt in Steglitz-Zehlendorf von dem Stromausfall nur ein Bezirk betroffen wäre, sondern es an der Schnittstelle gewesen wäre, wo vielleicht Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf betroffen wären? Dann hätten wir drei Krisenstäbe, jeweils einen jedem der Bezirke, gehabt. Wenn es in dem einen Bezirk schon zwei unterschiedliche Auskünfte gab – wurde schon mal irgendwie erörtert, eruiert, was man dann in so einem Fall macht, ob das wirklich Sinn macht, sich dann so zu organisieren?

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Jetzt wollte die Senatorin einmal auf viele Fragen eingehen, und dann kommen wir zu den Anzuhörenden.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP): Genau! Vielen herzlichen Dank! – Erst mal möchte ich darauf hinweisen, dass in meinem Haus der Krisenstab tatsächlich eine ganze Woche lang 24 Stunden am Tag im Einsatz war. Wenn die Menschen nach so einem Einsatz an ihre Schreibtische zurückkehren, haben sie da einige Tausend unbeantwortete Mails und Vorgänge, die liegengeblieben sind. Insofern haben wir noch nicht jede Minute dieser Krisensituation vollumfänglich miteinander auswerten können, und wir werden sicherlich noch eine Weile brauchen, bei uns im Haus Fragen zu stellen und zu beantworten, aber insbesondere natürlich die Fragen, die verwaltungsebenenübergreifend zu klären sind, was Zuständigkeiten angeht.

Ich muss mal sagen, wir haben in dieser Situation bei uns im Haus nicht nach Zuständigkeiten gefragt, sondern danach, was wir jetzt tun können, um zur Krisenbewältigung beizutragen. Natürlich waren als Priorität eins die Krankenhäuser mit zum Teil intensivpflichtigen Patienten, aber sofort auch die Pflegeeinrichtungen auf dem Schirm. Was wir getan haben: Es ist bei solchen Krisenstrukturen die Frage, wie viel Zentralität und wie viel Dezentralität sinnvoll und zielführend ist. Wir haben eine Struktur, wo der zentrale Krisenstab bei der Feuerwehr angesiedelt ist, die dann die Einsätze koordiniert. Verlegungen, Evakuierungen und so weiter von Kranken und Pflegebedürftigen laufen in der Regel über Rettungsmittel. Manche kann

man natürlich auch mit dem Privat-Pkw oder mit anderem transportieren, aber es ist schon sinnvoll, dass wir hier eine zentrale Krisenstruktur haben. Deswegen hatten wir am Samstag entschieden, die Heimaufsicht zu bitten, in diesen zentralen Krisenstab zu gehen, um dort den Kontakt zu den Pflegeeinrichtungen zu haben, insbesondere auch die Pflegekapazitäten in anderen Einrichtungen für den Fall der Evakuierung zu eruieren. Da sind wir auf Kapazitäten von mehreren Hundert gekommen, 40 Plätze wurden in Anspruch genommen; aber es ging darum, hier die Feuerwehr darin zu unterstützen zu wissen, wohin in dieser Stadt Menschen gebracht werden können.

Überwiegend – das ist jetzt aber auch das, was wir gelernt haben – ist es so, dass die Träger das selbst organisiert haben. Ich war am Freitag noch im Krankenhaus Waldfriede, ich wollte jetzt mal betroffene Einrichtungen abklappern, um dort noch mal auszuwerten, wie es war. Auch dort wäre eine Evakuierung mit befreundeten Häusern in den Kontakten relativ eigenständig gelaufen. Dort kam es nicht dazu, es musste nicht dazu kommen, weil dort Notstrom vorhanden war, der mehrere Tage hätte laufen können. Das ist aber auch eine Frage der Investitionen von im Zweifelsfall mehreren Hunderttausend Euro für ein großes Haus in so einer Anlage. Die Frage, wie viele solcher Notstromaggregate wo sein sollen – mehr mobil, um in solchen Situationen bundesweit im Einsatz zu sein, oder ob jetzt jeder eines an sein eigenes Haus anschließen muss –, würde ich den Expertinnen und Experten überlassen. Wir werden dazu sicherlich noch diskutieren, wie man eine bessere Sicherstellung dort hinkommt. Das liegt jetzt aber nicht in unserer Kernkompetenz.

Ich finde es interessant, dass diese Lücken identifiziert worden sind. Wir werden sicherlich noch daran arbeiten und darüber sprechen: Wo war denn Handlungssicherheit vorhanden? Wo wusste man nicht, wer welche Zuständigkeit hat und wo man anruft, oder wo ist man auf Telefonnummern gestoßen, die dann gar nicht erreichbar waren? – Das sind sicherlich ganz viele detaillierte Fragen, die wir noch, auch mit den Bezirken, auswerten müssen. Was wir daran sehen, ist, dass das Üben, also Krisenübungen, wie wir sie in unseren Krankenhäusern regelmäßig machen, sehr wichtig und sinnvoll sind, damit man Handlungssicherheit erfährt beziehungsweise herausfindet: Wo ist diese Handlungssicherheit nicht vorhanden? Wo wissen wir nicht, wer jetzt mit welcher Zuständigkeit wie erreichbar ist? Wie funktioniert eigentlich das Gesamtsystem?

Das beantwortet auch so ein bisschen die Frage nach der zentralen Nummer. Es gibt eine zentrale Nummer, die auch angerufen worden ist, die 112. Brauchen wir für verschiedene andere Aufgaben dann entsprechende Nummern, die schnell geschaltet werden können? Im Bezirk war der Krisenstab nach meiner Kenntnis ab Sonntag mit einer Nummer aufgeschaltet und voll arbeitsfähig. Das ist sicherlich etwas, wo man noch mal gucken muss, wie das schneller geht.

Die Träger werden von uns bei der Erstellung von Krisenkonzepten unterstützt; auch das war eine Frage. Es gibt eine bundesrechtliche Verpflichtung, Krisenkonzepte vorzuhalten. Wir haben 2024 zum Beispiel das „Muster-Notfallhandbuch für ambulante/(teil-)stationäre Einrichtungen der Pflege“ erarbeitet, das Hilfestellungen gibt. Ich habe eben vorgestellt, was wir sonst noch machen. Unser Bestreben ist immer, diese Handlungssicherheit herzustellen. Wir werden im Zusammenhang mit den Zuständigkeiten sicherlich noch mal darüber reden.

Zu den Pflege-WGs: Bei diesen 70 Pflegeeinrichtungen sind die Pflegewohngemeinschaften inkludiert.

Es gab die Frage nach dem Register. Es gibt dieses freiwillige Register, in das man sich eintragen kann. Unsere Pflegebeauftragte, Frau Meyer-Rötz, ist in diesem Bereich mit engagiert gewesen. Das Problem mit einem freiwilligen Register, in das sich Menschen eintragen, ist, dass es natürlich absolut lückenhaft ist, und diese Daten veralten sehr schnell. So ein Register immer auf dem aktuellen Stand zu halten, ist herausfordernd, weil sich eine pflegerische Situation natürlich schnell ändern kann. Wenn sich jemand vor einem Jahr dort eingetragen hat, dann kann sich die Situation deutlich verschlechtert haben, es kann eine Beatmung dazugekommen sein, es können Menschen mittlerweile in einer stationären Einrichtung sein oder sonst etwas. Das ist also eine Herausforderung. Deswegen müssen wir darüber reden, wie wir die Daten, die da sind, unter Umständen im Krisenfall schneller für die Fragen, die wir haben, nutzbar machen können.

Wie gesagt, bei den Menschen in den Einrichtungen sind die Strukturen klar. Bei der häuslichen Pflege wissen die Dienste um ihre Patientinnen und Patienten, wir haben aber eben eindrücklich geschildert bekommen, wie schwierig es dann sein kann, sie zu erreichen. Man muss sicherlich auch darüber reden, wie das Smarhome am Ende nicht zur Falle wird und wie solche Kommunikationswege abgesichert werden können.

Nach meiner Kenntnis ist vom Bezirk durchaus von Tür zu Tür gegangen worden, und es gab auch eine enge Vernetzung von Ehrenamt, THW, DRK. Das DRK ist in Steglitz-Zehlendorf in einer koordinierenden Rolle über das ganze Ehrenamt und hat sie auch ausgeführt. Als ich im Rathaus war, war dort auch eine Riesenwand mit Hilfsangeboten. Ich weiß, dass sich auch die Kirchen engagiert haben, dass natürlich jeder versucht hat, in seiner Nachbarschaft viel zu tun. Es ist auch völlig klar, dass es ohne dieses gar nicht gehen kann.

Es gab die Frage nach den Katastrophenschutz-Leuchttürmen. Es gab sehr viele Fragen, die die bezirkliche Ebene betreffen. Wir müssen sicher auch im Rahmen der zweistufigen Verwaltung und des Landesorganisationsgesetzes noch mal genau hingucken, ob alle Aufgaben dort angesiedelt sind, wo sie am besten erledigt werden können. Das gilt natürlich auch für die Frage: Drei Krisenstäbe, wie wird das koordiniert? – Das muss dann über die zentralen Krisenstäbe koordiniert werden, aber das sind sicherlich alles Organisationsfragen, die wir jetzt im Nachgang natürlich noch mal angucken müssen. – Das waren vielleicht erst mal die Hauptantworten auf die Fragen, die gestellt wurden. Danke!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zu den Anzuhörenden. – Herr Blümchen!

Michael Blümchen (Evangelisches Diakonissenhaus Berlin Teltow Lehnin): Ich würde starten und erst mal zu dem großen Themenkomplex Notstromaggregate etwas sagen. Es wurde von Ihnen, Frau Breitenbach, die Frage gestellt, ob es notwendig ist, sowohl als Träger Notstromaggregate als auch zentrale Notstromaggregate vorzuhalten. Ich würde die Frage mit „sowohl als auch“ beantworten. Wir als Komplexträger hatten glücklicherweise kleinere Notstromaggregate zur Verfügung. Die hätten allerdings nicht ausgereicht, um die gesamte Einrichtung mit Strom zu versorgen, sondern nur die systemkritischen Dinge. Herr Blume hat vorhin davon gesprochen, dass wir eine Hebeanlage hatten, die nicht funktionierte, und auch

die Heizung funktionierte nicht. Diese beiden Systeme hätte man mit einem Notstromaggregat, auch mit kleineren Notstromaggregaten, betreiben können. Sie haben vorhin gefragt, welche Lücken wir in unserem Konzept haben. Da sieht man eine erste: Wir haben uns nämlich keine Gedanken dazu gemacht, wie man diese Notstromaggregate mit unseren elektronischen Unterverteilungen koppelt. Das heißt, wir hatten ein Aggregat zur Verfügung, hätten es aber nicht mit der Heizung oder der Hebeanlage koppeln können, jedenfalls nicht, ohne einen eigenständigen Elektriker zur Verfügung zu haben, was dann wieder am Sonnabend oder auch am Sonntag das Problem war, eben diese technische Hilfe zu kriegen.

Insofern wäre es natürlich klasse, wenn es Notstromaggregate in ausreichender Anzahl gäbe, um Einrichtungen komplett mit Notstrom zu versorgen. Aber wir haben die Erfahrung gemacht, dass es natürlich lange dauert, ehe diese Notstromaggregate zur Verfügung stehen. Deswegen werden wir für unsere Einrichtung künftig auch dafür Sorge tragen, dass wir dezentrale Notstromaggregate zur Verfügung haben, die auch so in der Unterverteilung ausgestattet sind, dass sogar ein Hausmeister in der Lage ist, dieses Notstromaggregat mit den systemkritischen Anlagen zu koppeln. Denn hätten wir es für die Grüber-Häuser geschafft, die Heizung und auch die Hebeanlage in Betrieb zu halten, wären wir noch besser durch die Krise gekommen, als wir durch die Krise gekommen sind. Dann hätten wir nicht über die Evakuierung nachdenken müssen, denn wir hatten genug Notstromlampen vor Ort, der Pflegebetrieb war zu keiner Zeit gefährdet. Nur es wurde kalt, wir hatten am Ende am Sonntagabend im Haus noch 15 Grad zur Verfügung. Von daher: Wäre die Heizung gegangen, wäre die Hebeanlage gegangen, hätten die Grüber-Häuser die Krise gut durchgestanden.

Insofern: Ja, dezentrale Notstromaggregate halte ich für erforderlich. Ob man es jetzt zwingenderweise den Pflegeeinrichtungen auferlegen sollte? Dann stellt sich die Frage – die haben Sie vorhin gestellt, Herr Ubbelohde –, wie die Finanzierung vonstattengeht, das wäre dann nämlich genau die entscheidende Frage. Ob man das über die Investitionskostensätze et cetera refinanzieren kann, müsste dann geklärt werden. Wir würden also solche Aggregate anschaffen, aber das heißt nicht, dass man eine Pflegeeinrichtung komplett mit Strom ausstatten kann. Zentrale Notstromaggregate werden also gebraucht, insbesondere wenn die Krise möglicherweise noch sehr viel länger dauert, als wir es jetzt für die Grüber-Häuser mit ungefähr 30 Stunden erlebt haben.

Es gab die Frage zu den Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz. Vielleicht dazu eine ganz kurze Antwort: Wir selbst haben im Ramsteinweg in Zehlendorf eine Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz, die auch anbieterverantwortet gewesen ist. Natürlich hat unser ambulanter Pflegedienst sich sofort um die dort untergebrachten zwölf Mieterinnen und Mieter gekümmert. Was wir aber erlebt haben: Mit dem Krisenkonzept, das wir selber für diese Menschen hatten, nämlich auch eine Evakuierung ins Auge zu fassen und zwar in unsere stationären Pflegeeinrichtungen, insbesondere die in Teltow, weil die nur einen Steinwurf entfernt sind, haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Menschen das aber gar nicht wollen. Die Erfahrung mit unserer WG war, dass die Menschen lieber in ihren vier Wänden bleiben wollen. Wir waren in sehr engem Kontakt mit der Auftraggebergemeinschaft, also mit dem Gremium, das sich um die Angelegenheiten der Mieterinnen und Mieter kümmert, und da wurde sehr schnell die Entscheidung gefällt, dass die Menschen in ihrer Wohnung bleiben möchten. Wir haben dann dafür Sorge getragen, auch über das Deutsche Rote Kreuz und die Johanniter-Unfall-Hilfe, dass sie wenigstens mit warmem Wasser und ausreichend Speisen versorgt wurden.

Es gab die Frage nach dem Krisenkonzept. Ja, wir haben uns natürlich mit den allgemeinen Stellen beholfen, um ein eigenes Krisenkonzept zu erstellen. Auch unser Fachverband, der Evangelische Verband für Altenarbeit und pflegerische Dienste, war uns dabei eine große Hilfe. Aber ich muss sagen, die Konzepte selbst zu stricken und so zu individualisieren, dass sie auf jede Einrichtung passen, ist schon eine Trägeneraufgabe. Denn jede Einrichtung funktioniert ein Stück weit anders, und es macht keinen Sinn, ein allgemeines Krisenschutzkonzept zu entwickeln und das dann über alle Einrichtungen zu legen. Klar sind bestimmte Dinge in allen Einrichtungen gleich, aber es gibt in manchen Einrichtungen auch sehr unterschiedliche Dinge. Wir haben es hier in den Grüber-Häusern, wie schon erwähnt, mit einer Hebeanlage zu tun, die wir gar nicht in allen Einrichtungen haben. Von daher muss man diese Krisenkonzepte dann immer sehr individuell auf die entsprechenden Situationen vor Ort anpassen.

Es gab noch eine Frage zu den Erwartungen an den Krisenstab. Als Herr Blume und ich zum Krisenstab gefahren sind, war das eigentlich nur der Reflex darauf, dass wir so ein bisschen hilflos waren, weil wir nicht die Informationen hatten, die wir brauchten. Es gab die Information, dass wir ein Notstromaggregat kriegen. Diese Information haben wir mehrfach erhalten, aber immer ohne die konkrete Angabe, wann. Wenn Sie in einer Einrichtung mit am Ende 60 Bewohnerinnen und Bewohnern sind – zehn waren inzwischen von Angehörigen Gott sei Dank abgeholt worden –, dann stellt man sich immer die Frage: Wann ist der richtige Zeitpunkt zu evakuieren? Müssen wir evakuieren, ja oder nein, insbesondere wenn die Temperaturen sinken? Wenn man dann wüsste, man muss nicht evakuieren, weil man zu einer bestimmten Tageszeit dann das Notstromaggregat zur Verfügung hat, sei es nach drei, vier, fünf, sechs, sieben Stunden, wenn man aber weiß, wann es kommt, ist man natürlich sehr viel handlungssicherer in allem, was man als notwendige Schritte tut. Das hatten wir nicht, und auch die Erreichbarkeit der 112 war problematisch; wir haben einmal die 112 angerufen, da sind wir zur Leitstelle nach Brandenburg weitervermittelt worden, dann zur Leitstelle nach Berlin, mit dem Hinweis, wir mögen uns doch bitte an das THW wenden. Wenn man diese Informationen dann so hat, denkt man, es ist am besten, man geht mal selbst zum Krisenstab und bringt sich als Träger in Erinnerung. Das war eigentlich nur der Reflex, noch mal deutlich zu machen, dass wir in den Grüber-Häusern noch Hilfe und Unterstützung brauchen, neben allem, was wir schon selbst organisiert hatten. – Vielleicht so weit.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Herr Blume!

Matthias Blume (Evangelisches Diakonissenhaus Berlin Teltow Lehnin): Ich gehe mal der Reihe nach vor. Welchen Ratschlag – das hatte Frau Atli gefragt – für Gruppen, die nicht bei uns sind, die nicht bei uns im System sind, ob nun ambulant oder stationär, haben wir? – Es ist schwer, einen Ratschlag zu geben. Es ist dann auch noch von Frau Dr. Wein die Frage zu allein lebenden Menschen gestellt worden, was man da eigentlich tun kann. Eigentlich fällt mir dazu so viel nicht ein. Aufklärung, Hausärzte sind mir in dem Zusammenhang noch eingefallen, vielleicht Kirchengemeinden, die sich engagieren können, Seniorenbeiräte und so weiter. Letztlich ist jeder Menschen selber dafür verantwortlich, Vorsorge zu treffen, für das Alter, für Pflegebedürftigkeit, für dies und das und eben auch für so einen Fall. Insofern kann man Menschen eigentlich nur dadurch begleiten, indem man an allen möglichen Stellen möglichst gut informiert. An ein zentrales Register oder so was glaube ich eher nicht, denn – dazu ist schon viel gesagt worden – das ist auch sehr schnell wieder inaktuell.

Zum Thema zentrale Nummer im Bezirk: Ich hatte gesagt, wir haben Lücken in unserem eigenen Krisenkonzept. Wir haben festgestellt, dass Telefonkontakte, die wir in unseren Krisenschutzunterlagen hatten, nicht übereinstimmen. Daraus lerne ich: Wir müssen, in diesem Fall mit dem Bezirk, noch mal ins Gespräch gehen und fragen: Was ist hier eigentlich die richtige Ansprechbarkeit? Das müssen wir mit unserem eigenen Konzept abstimmen.

Zum Thema Notstrom hat Herr Blümchen schon einiges gesagt. Ich würde eigentlich nur noch eine Klammer hinzufügen: Aber bitte nicht als Pflicht, wie bei Krankenhäusern, denn das würde jede Pflegeeinrichtung natürlich total überfordern, sondern eher, wie Herr Blümchen es gesagt hat: Eine Einrichtung schaut, was sie selbst kann. – Was auf jeden Fall wichtig ist, sind diese Einspeisepunkte. Die sind nachher auch für den Fall, dass ein Technisches Hilfswerk ein Notstromaggregat bringt, unheimlich wichtig, denn dann muss nicht gebaut werden, sondern dann kann sich das THW selbst dort mit Notstrom aufschalten beziehungsweise man selbst könnte das nutzen, wenn man eigene zur Verfügung hat.

Wie haben wir davon erfahren? – Es ist ein Samstag gewesen, an dem habe ich nicht Radio gehört, muss ich sagen. Mein Geschäftsführer hat mich angerufen und mir gesagt, was los war, und der wurde von der Einrichtungsleiterin informiert. So ist bei uns die Informationsschiene gelaufen.

Ich komme noch mal auf Lücken im Konzept zurück. Was ich jetzt rückblickend gelernt habe: Notstrom haben wir gesagt, Ansprechpartner habe ich gesagt. Was wichtig ist, ist, glaube ich, dass in dem Falle die Einrichtungsleitung oder eine Krankenhausleitung, wenn es in einem Krankenhaus passiert, ein Tagebuch über das führt, was passiert, welche Entscheidungen getroffen werden, was veranlasst worden ist. Das würde ich bei uns auf jeden Fall noch in das Krisenschutzkonzept mit hineinnehmen, weil am Ende wichtig ist: Wer hat was gemacht? – Denn es gibt dann auch Schichtwechsel und so weiter. Das hatten wir in dem Falle nicht, sondern wir haben uns dann auf Gedächtnisprotokolle verlassen, die angefertigt worden sind.

Hotels wurden von uns nicht in Anspruch genommen. – Was war noch? Herr Blümchen hat schon einiges beantwortet. – Eine Sache ist mir noch eingefallen, die ich eigentlich vorhin schon im Vortrag sagen wollte, das ist vielleicht noch mal wichtig: Ich glaube, dass wenn man als Träger einer Sozialeinrichtung Verantwortung für in unserem Fall, bezogen auf die Grüber-Häuser, 70 Menschen hat, man erst mal für die eigene Resilienz verantwortlich ist. Man muss dafür Sorge tragen, dass das, was man tun kann, was man als Vorsorgemaßnahmen ergreifen kann, abgearbeitet ist. Erst wenn das nicht mehr trägt, dann ist die Hilfe Dritter erforderlich. So waren wir schon unterwegs, aber wir haben gemerkt, wir haben Lücken, und die werden wir zu schließen versuchen.

Michael Blümchen (Evangelisches Diakonissenhaus Berlin Teltow Lehnin): Ich hätte vielleicht noch eine Ergänzung. Frau Gebel hat vorhin danach gefragt, wie wir mit dem Ausfall der digitalen Systeme umgehen. Das größte Problem, das ist schon mehrfach angeklungen, war die Nichterreichbarkeit über die Mobilfunktelefone, und das Festnetz funktionierte ohnehin nicht. In Sachen Pflegedokumentation sind wir ohnehin darauf vorbereitet, wenn die digitalen Systeme ausfallen, manuell zu dokumentieren. Insofern war das nicht das Problem. Das Problem der fehlenden Schwesternrufanlage, der fehlenden Brandmeldeanlage haben wir schlicht mit höherem Personaleinsatz geregelt, indem wir einfach enger über die Ebenen gelaufen sind und die Dienste verstärkt haben. Das lässt sich alles bewerkstelligen. Das größte

Problem war tatsächlich die telefonische Erreichbarkeit, denn wir konnten aus den Grüber-Häusern heraus zum Beispiel auch keinen Angehörigen informieren. Wir hatten das Glück, dass manche Angehörige von selbst in die Einrichtung gekommen sind, und wir hatten den Glücksfall, muss ich in dem Falle sagen, dass unsere Pflegedienstleitung krankheitsbedingt zu Hause war und nicht im Bezirk Zehlendorf und Umgebung wohnhaft ist, sondern an anderer Stelle, und insofern dann von zu Hause aus telefonieren konnte. Aber das alles macht die Sache natürlich ein wenig schwieriger, vor allem, weil man es dann nicht koordinieren kann.

Matthias Blume (Evangelisches Diakonissenhaus Berlin Teltow Lehnin): Dazu muss ich noch etwas ergänzen: Wir haben uns 2022 bis 2023 darüber Gedanken gemacht, wie wir die Kommunikation eigentlich gestalten. Wir haben damals festgelegt: Wir schaffen nur Satellitentelefone für die Krankenhäuser an – da haben wir sie auch –, aber für die Pflegeeinrichtungen nicht; das wäre auch eine Überforderung. Nur haben wir zu spät daran gedacht, dass wir solche Kommunikationsinstrumente im Unternehmensverbund hätten, die wir uns eigentlich nur hätten holen müssen. Aber das sind Sachen, an denen man merkt, dass da wieder die Lücke ist.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Dann Frau Bauermeister!

Katharina Bauermeister (RENAFAN GmbH): Wie kann man die Menschen erreichen, wenn sie zu Hause sind? – Das ist natürlich das allergrößte Problem in dieser Situation gewesen. Eine richtige Idee habe ich dazu aber auch nicht. Das einzige, was uns so ein bisschen aufgefallen ist, ist, dass dieses Warnsignal über die Telefone einsetzte, als diese Aggregate eingesetzt und angeschaltet wurden, damit alle informiert werden und bitte ihren zusätzlichen Strom dort wieder ausschalten, wo es vielleicht schon ging.

Aber da habe ich mir gedacht: Okay, warum kommt dieses Signal nicht zum Startschuss, zum Beispiel dort, wo es dann vielleicht noch funktioniert, damit zumindest die Menschen, die vielleicht noch gar nicht so richtig etwas davon mitbekommen haben, gewarnt werden, dass diese Situation mit dem Stromausfall jetzt herrscht? Ansonsten kann man vielleicht die Bundeswehr losschicken und in alle Häuser gehen lassen. Bei Bombenanschlägen werden auch Evakuierungen getätigt, und alle gehen in die Häuser, in die Wohnungen. Das funktioniert vielleicht bei so einem kleinen Bezirk, wenn das aber flächendeckender ist, wird so etwas natürlich schwierig.

Ein Sicherheitskonzept diesbezüglich haben wir nicht. Wir haben ein Hitze-Konzept, aber nicht, wenn der Strom ausfällt. Ich denke aber, dass da das Qualitätsmanagement sicherlich jetzt eingreifen wird. Notstrom anschaffen – da wären in unserem Bereich tatsächlich eher mobile Aggregate von Vorteil, da es viele Menschen in verschiedenen Gegenden betroffen hat. – Von dem Register wussten wir nichts.

Erfahren haben wir das Ganze, da es ein Samstag war, eigentlich durch die Kollegen, die auf Tour und bei den entsprechenden Klienten vor Ort waren. Ich hatte auch Mitarbeiter, die selbst davon betroffen waren, das heißt, da kam noch mal erschwerend hinzu, dass sie sich mit Kind und Kegel selbst eine andere Bleibe suchen und zusätzlich arbeiten und von einem anderen Wohnort dann zur Arbeit kommen mussten. Das bedarf dann noch mal zusätzlicher Organisation.

Ob wir wissen, welche Patienten Sauerstoffgeräte haben? – Aber selbstverständlich. Wir sind vor Ort und versorgen auch den SGB-V-Anteil, das heißt, es sind Fachkräfte vor Ort, die teilweise unterstützen müssen, wenn Sauerstoffgeräte gebraucht werden. Das heißt, das wissen wir auf jeden Fall und konnten dann dementsprechend reagieren. Allerdings hatten wir das Glück, dass – das wurde auch gefragt – viele sich Gott sei Dank selbstständig eine andere Bleibe suchen konnten oder bei ihren Angehörigen, Freunden oder Bekannten aufgenommen wurden, sodass wir da kaum bis gar nicht agieren mussten. Das war unser kleiner Vorteil. So konnten wir uns darauf konzentrieren, wo wirklich die Hilfe gebraucht wurde. Es sind tatsächlich viele in Hotels gezogen.

Eine analoge Lösung ist natürlich schwierig. Wir hatten das Glück, dass bei uns im Büro der Strom funktionierte, und somit konnten wir schauen, wo noch was geht, wo wir hinfahren können; wir konnten die Mitarbeiter leiten. Aber wenn das ausfällt, ist es natürlich sehr schwierig. Wir haben Tourenpläne, die wir sicherheitshalber zusätzlich ausdrucken, aber natürlich nicht für mehrere Wochen, sondern vielleicht maximal für drei, vier Tage. Somit können wir von diesem Papier aus dann die Klienten versorgen. Sollte das Ganze aber länger bestehen, dann wird es auch für uns schwierig. Dann müssen wir schauen: Haben wir von den letzten Wochen noch die Tourenpläne? Können wir das auf die nächsten Wochen übertragen? Auf diesen Plänen stehen aber nicht die Leistungen, die erbracht werden müssen, das heißt, die Kollegen, die vor Ort sind, haben dann hoffentlich im Kopf, was sie vor Ort erledigen müssen. Man kann das schaffen, aber nur über einen begrenzten Zeitraum. Und es können dann natürlich Fehler passieren, dass Klienten vergessen werden, weil sie vielleicht in der Vorwoche abgesagt hatten, sodass sie nicht auf diesem Tourenplan stehen. Wenn das dann keiner ist, der selbstständig anrufen kann und sagt: Kommt heute noch jemand oder nicht? –, wird es durchaus schwierig. Dann liegt da jemand in seinem Bett und wird nicht versorgt.

Dass demente Menschen in so ein Notfallregister eingetragen werden, das könnte man eventuell über Ärzte verfolgen, wenn die diese Diagnosen stellen, dass das gleich mit an die Hand gegeben wird, oder vielleicht durch Pflegeeinrichtungen und Angehörige, wenn diejenigen das nicht selber tun können. – Ich denke, damit habe ich alles.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Mit Blick auf unsere Tagesordnung würde ich jetzt zur letzten Runde der Abgeordneten zu diesem Thema kommen. – Frau Atli!

Sebahat Atli (SPD): Vielen Dank für Ihre Antworten! Ich habe noch einige Fragen. Sie haben erzählt, Sie haben eine Bewohnerschaft von 70, davon 30 demente und fünf bettlägerige Bewohnerinnen und Bewohner. Das ist ganz schön viel, die Hälfte ist eigentlich immobil. Was haben Sie in der Zeit konkret mit Ihrem tollen Krisenmanagement gemacht? Wie haben die Mitarbeiter reagiert? Können Sie uns Einblicke gewähren, was da vonstattenging, damit wir und andere uns ein Bild davon machen können? Dafür wäre ich Ihnen dankbar. Ich bin der Ansicht, dass demente Menschen nicht in ihren Zimmern alleingelassen werden können, erst recht nicht, wenn es dunkel ist. Wo haben Sie das Personal so schnell herbekommen? Lief das alles gut? Haben Sie da übernachtet? Haben Sie Räume?

Noch einmal die Frage: Wann hat der Bezirk Ihnen konkret geholfen? Sie waren da. Gab es ab da, nachdem Sie da waren, konkrete Begleitung für Sie in der Zeit? Kam man auch auf Sie zu, oder ist es dabei geblieben, und wir und Sie vor allen Dingen hatten nur Glück, dass Brandenburg nicht weit ist, dass die EKBO-Familie groß ist und Sie ein gutes Netzwerk haben? War das das Glück im Unglück? Bleibt da noch etwas mehr zu tun? Das interessiert mich wirklich, denn wenn die Krise länger angedauert hätte, wäre es noch fataler.

Wie sieht es mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus – werden sie nach diesen Notfall- und Krisenplänen geschult und trainiert? Wie läuft das bei Ihnen ab? Können Sie uns einen Einblick gewähren, gerne auch in die ambulante Ebene? Wie läuft das dort? Da ist es, glaube ich, extrem schwer, Übungen zu machen. Wie gerade ausgeführt wurde: Wenn jemand nicht auf dem Tourenplan drauf ist, dann denkt man nicht sofort daran. Wenn alles im Computernetzwerk ist, kommt man nicht sofort an die Daten heran, das heißt, das Analoge ist auch mitzudenken. Welche Möglichkeiten haben Sie da, und was haben Sie da in der Kürze der Zeit machen können? Gibt es Krisenübungen? Sie haben einen Krisenplan, der war toll, der lief gut. Können Sie das in einer ähnlichen Situation das nächste Mal auch gut und simpel hinbekommen? Der Fahrplan ist simpel – was heißt denn das konkret? Gibt es da Pläne, Schritte, einen DIN-A-4-Bogen, der ausgehangen wird, den jeder immer bei sich führt, oder übt man da auch? Es wäre ganz lieb, wenn Sie dazu ein paar Ausführungen machen könnten.

Unser Krisenexperte Albrecht Broemme hat im Fernsehen berichtet, drei Bezirke waren vorbildlich. Wir haben jetzt auch mehrfach gehört, es wurde geholfen. THW, Johanniter, Malteser, egal wer, ganz viele Träger haben in der Krise geholfen. Man hat sich untereinander geholfen. Menschen haben einander geholfen. Drei Bezirke hat er genannt, die vorbildlich gewesen sind. An zwei erinnere ich mich namentlich sehr gut, einmal Spandau mit dem Krisenmanagement, dann Reinickendorf, und ein dritter Bezirk. Haben Sie vor, die Initiative zu ergreifen, mit dem Bezirk noch mal zu sprechen, dass da noch ein bisschen mehr fürs Krisenmanagement investiert wird, auch finanziell?

Vorsitzende Silke Gebel: Frau Atli! Ich bitte, ein bisschen auf die Uhrzeit zu gucken.

Sebahat Atli (SPD): Danke schön! – Ich mache dann Schluss.

Vorsitzende Silke Gebel: Frau Pieroth!

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Ich saß hier vor zwei Wochen und habe die Situation noch nicht so überschauen können, wie dann am Montagnachmittag, als ich in einer Straße in Zehlendorf neben einer psychiatrischen Pflegeeinrichtung eine Situation angetroffen habe, die wir uns alle nicht wünschen. Die ganze Straße war völlig verlassen. Da war niemand vor Ort. Das psychiatrische Pflegeheim war noch nicht an ein Notstromaggregat angeschlossen. Das zog sich dann bis Mittwoch für die privaten Haushalte so durch. Ich habe dann vor zwei Wochen gleich in der Presse ein entsprechendes Register gefordert und halte das nach wie vor – – Wir saßen hier im Zuge von Corona zwei Jahre und haben diskutiert: Krisenstäbe – einer, zentral et cetera. Wir haben die Strukturen. Wir haben 160 Millionen Euro in Berlin allein in diese Strukturen in den Gesundheitsämtern gegeben. Herr Zander hat gerade zu Recht gesagt: Was ist, wenn das in drei Bezirken passiert? – Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir das zentral gestalten müssen, dass wir das auch hinbekommen. Ich frage jetzt noch mal den Senat: Planen Sie die Einführung eines gesetzlich verankerten datenschutzkonformen Notfallregisters zur Erfassung medizinischer und pflegerischer Bedarfe im ambulanten Bereich, und wenn ja, wie sieht der Zeitplan aus und auf welcher rechtlichen Grundlage?

Vorsitzende Silke Gebel: Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Ich habe noch ein paar Nachfragen. Ich finde es problematisch, wenn hier alle davon ausgehen, dass jeder Mensch in dieser Stadt Angehörige oder auch Zugehörige hat. Ich glaube, dass die meisten Menschen versorgt werden über ihre Angehörigen, über Zugehörige. Wir wissen auch, dass wir in Berlin eine solidarische Stadtgesellschaft haben, die dann auch agiert, aber darauf kann man sich nicht verlassen, denn dann kommen wir in schwierige Lagen. Ich verstehe auch Bedenken, die gegen das freiwillige Register bestehen; oder keine Bedenken, aber es wurde gesagt, es ist nicht aktuell und ist dann vielleicht auch nicht die Lösung. Ich würde aber gerne wissen, was die Lösung ist.

In dem Zusammenhang komme ich noch mal auf eine organisierte und begleitete Aktion von Menschen, die in Freiwilligenstrukturen tätig sind. Ich reite immer darauf herum; jetzt hieß es, die machen ja und sollen machen. Letzten Montag hieß es im Kulturausschuss, in Zukunft wird man sich darum kümmern. Ich möchte gerne wissen, ob hier ein koordiniertes Vorgehen geplant ist. Es gibt in jedem Bezirk die Freiwilligenagentur. Wenn die nicht genutzt werden, kann man sie auch in die Tonne treten. Die machen aber eine wunderbare Arbeit und haben unendlich viele Freiwillige, die bereit wären. Ich hätte gerne diese Koordination. Dass die Berliner und Berlinerinnen selbst etwas machen, wissen wir alle.

Sie hatten vorhin gesagt, dass Lotsinnen und Lotsen ganz gut wären für die Träger. Wo sollten die angesiedelt werden, und braucht man pro Bezirk einen, zwei, drei, vier, fünf, oder pro Einrichtung? Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Meine letzten Fragen, dann habe ich auch die drei Minuten voll, Frau Vorsitzende: Werden die vorliegenden Sicherheitskonzepte eigentlich kontrolliert, und gibt es so etwas wie Standards, die da festgeschrieben sind?

Vorsitzende Silke Gebel: Herr Düsterhöft!

Lars Düsterhöft (SPD): Ich mache es ganz kurz. Mich würde interessieren, ob der Senat plant, alle Träger im Bereich der ambulanten, aber auch der stationären Pflege im Rahmen einer Konferenz in den nächsten Monaten zusammenzubringen, um genau diese Aufarbeitung dann auch weitergeben zu können. Das ist ja dann das Spannende, denn ich vermute mal, dass die allerwenigsten Pflegeeinrichtungen beispielsweise einen Punkt haben, wo sie ein Notstromaggregat einfach mal anschließen können. Genau diese Hinweise und diese Erfahrungen muss man jetzt natürlich breit streuen und dafür Sorge tragen, dass sich in den nächsten Monaten alle damit einmal beschäftigen und ihre Konzepte überarbeiten. Das ist meine eine konkrete Frage. – Danke schön!

Vorsitzende Silke Gebel: Herr Ubbelohde!

Carsten Ubbelohde (AfD): Herr Blume, Sie hatten vorhin gesagt, dass ein Satellitentelefon übertrieben und schwer umsetzbar wäre. Wenn Telefone ausfallen, hätten Sie eigentlich in Ihrem System eine Alternative gehabt, die Sie aber in dem Moment nicht auf dem Schirm hatten. Können Sie noch mal kurz sagen, um was es sich da bei Ihnen gehandelt hat, was Sie hätten nutzen können, aber schlicht nicht auf dem Zettel hatten?

Vorsitzende Silke Gebel: Jetzt habe ich noch kurz eine Frage.

Silke Gebel (GRÜNE): Ich glaube, dass die Struktur der Krisenkommunikationsansprechpartnerinnen und -partner immer die ganz zentrale Frage ist. Sie haben sehr eindrücklich geschildert, wie Sie bei der 112 angerufen haben, beim THW, dann zum Bezirk gefahren sind. Ich frage mich: Wie ist eigentlich der beste Weg, wie das Ganze zu strukturieren ist? Ich fand den Hinweis sehr spannend, man bräuchte eigentlich einmal diese Pfade für gewerbliche Akteurinnen und Akteure, so nenne ich es jetzt mal, dass man einen Bereich macht, weil man das auch besser skalieren kann. Da würde mich interessieren, ob das Land auch in diese Richtung in der Evaluation der Strukturen weiterdenkt. Ich fände es gut, wenn Sie noch mal diese Rollenklärung schärfen könnten. Das THW sind dann quasi vor Ort die, die in Aktion treten, da verstehe ich, dass man die nicht anruft, aber eigentlich braucht man so eine Fallakte. Sie haben den Pflegelotsen vorgeschlagen. Vor dem Hintergrund fände ich es auch sehr sinnvoll, was Herr Düsterhöft gefragt hat, ob es vielleicht auch noch mal eine Beratung der Krisenstrukturen durch Pflegekräfte gibt, dass man das einfach mal einem Stresstest unterzieht und aus der Pflegeperspektive vom ambulanten und stationären Bereich draufschaut.

Der Bezirk hatte am Samstag ab 8 Uhr den Krisenstab, und trotzdem ist so: Es gibt dann im Land einen Krisenstab, im Bezirk, dann gibt es die Feuerwehr und so weiter, und wenn man dann drei Krisenstäbe oder drei Ansprechpartner hat, dann funktioniert es nicht als zentrale Ansprechperson. Deswegen würde mich noch mal interessieren, was Sie sich da gewünscht hätten. Muss man dann tatsächlich die 112 anrufen, und die haben dann noch eine Pflegehotline sozusagen – muss man das so steuern? –, oder die leiten einen dann direkt an den Bezirk um oder wie auch immer? Ich denke nur, so ganz organisationspraktisch muss es etwas Zentrales geben, das so banal ist wie 116117 oder 112. Ich glaube, zu viel Extrakoordination funktioniert auch nicht, falls Sie wissen, worauf ich hinaus will. Das würde mich noch mal interessieren, damit da die besten Lehren gezogen werden.

Vorsitzende Silke Gebel: Dann würde ich wieder zu den Anzuhörenden gehen und dann zum Schluss zum Senat. Dann sind wir, glaube ich, mit dem Punkt fertig und werden uns damit in Zukunft noch intensiv beschäftigen. – Herr Blümchen!

Michael Blümchen (Evangelisches Diakonissenhaus Berlin Teltow Lehnin): Frau Atli, Sie hatten gefragt, wie das Team mit der Situation umgegangen ist in den Grüber-Häusern. – Ich muss sagen, das war großartig, denn unsere Mitarbeitenden sind völlig ungefragt, als sie aus der Presse beziehungsweise aus dem Radio gehört haben, dass es einen Stromausfall im südlichen Berliner Raum gibt – einige ohne dass wir sie hätten anrufen müssen – in die Einrichtung gekommen und haben gesagt: Wir sind jetzt hier und wollen helfen. – Das war auch genau das, was für uns im Mittelpunkt stand, nämlich die Pflege und Versorgung unserer Bewohnerinnen und Bewohner hat für uns allerobere Priorität.

Große Aktivitäten kann man in einem kalt werdenden Gebäude natürlich nicht umsetzen, das heißt, wir haben durch verstärktes Personal dafür Sorge getragen, dass die Menschen beruhigt werden, dass keine krisenhaften Zustände in der Einrichtung auftreten, dass wir Ängste beheben, die möglicherweise bei Bewohnerinnen und Bewohnern auftraten, aber wir haben sie im Wesentlichen sozusagen warm verpackt. Die Mitarbeitenden sind durch die Wohnbereiche gelaufen und bei den Menschen, so wie es möglich war, geblieben. Unsere Angehörigen waren natürlich eine tolle Unterstützung. Ich sagte vorhin schon, einige Angehörige haben Bewohnerinnen und Bewohner mit nach Hause genommen, immerhin zehn von 70, und nicht wenige Angehörige sind in die Einrichtung gekommen und haben dann ihre Zugehörigen begleitet, was natürlich das Team auch unterstützt hat. Ich kann also sagen, in der Einrichtung gab es zu keiner Zeit irgendeine Panik oder irritierende Zustände, sondern die Mitarbeitenden waren der Situation entsprechend gelassen und vorbereitet, aber das Vorhandensein unseres Krisenkonzeptes war da auch eine wichtige Stütze, weil man sich immer wieder vergewissern konnte: Was ist jetzt zu tun, und wie müssen wir auf bestimmte Dinge reagieren?

Wie hat der Bezirk konkret geholfen? – Wir sagten ja schon, dadurch, dass das Technische Hilfswerk und die Feuerwehr regelhaft bei uns gewesen sind, hat man immer gemerkt: Ja, da ist eine externe Hilfe. Das Problem war nur, bei der Feuerwehr waren fünfmal verschiedene Menschen da, das heißt, die haben unsere Daten fünfmal aufgenommen. Das Technische Hilfswerk hat die Daten auch fünfmal aufgenommen. Wenn wir das Gefühl gehabt hätten, dass aus dem Fünfmal-Datenaufnahmen auch tatsächlich konkrete Unterstützung resultiert, und zwar auch terminiert, dann wäre uns sehr viel wohler gewesen. Wir hatten nicht das Gefühl, im Stich gelassen zu werden, das war gar nicht das Thema; das Thema war, eben nicht die Informationen zu haben, die man braucht, um selber für sich die nächsten Schritte weiter zu denken. Das war, glaube ich, das größte Problem.

Zu den Schulungen und zu dem Thema, ob wir Evakuierungsübungen et cetera durchführen: Nicht mit Bewohnerinnen und Bewohnern, denn das würde Ängste und Zustände in der Einrichtung erzeugen, die wir vermeiden wollen. Natürlich gibt es Evakuierungsübungen der Mitarbeitenden untereinander. Das machen wir in den Einrichtungen zuweilen, dass wir gucken: Was passiert im Brandfall, wenn wir Wohnbereiche evakuieren müssen et cetera? Wie kann man einen Bewohner liegend über die Treppen transportieren, wenn der Aufzug nicht funktioniert et cetera? Das üben wir schon mit den Mitarbeitenden, aber immer ohne Bewohnerinnen und Bewohner. Von daher würde ich sagen, dass die Übungen – ja, wir führen sie durch – nicht so sind, dass man damit die echte Realität abbilden würde, weil jeder weiß, das

ist jetzt eine Übung und nicht der Ernstfall. Was wir aber nicht machen würden, ist eine unangekündigte Geschichte, wo nur die Einrichtungsleitung Bescheid weiß, dass die Alarmanlage losgeht, denn damit würden wir derartige Ängste bei Bewohnerinnen und Bewohnern erzeugen, das verkraften wir in der Einrichtung nicht.

Zu dem Lotsen, wo er angesiedelt sein sollte: Aus meiner Sicht wäre relativ egal, wo er angesiedelt ist. Entscheidend ist, dass man das Gefühl hat, man spricht, wenn man sich an den Krisenstab oder an entsprechende Stellen wendet, mit dem Menschen, mit dem man vorher auch gesprochen hat und fängt nicht wieder von vorne an, seine Geschichte zu erzählen. Wenn man das Gefühl hat, da ist ein Mensch, der sich möglicherweise um 10 oder 15 Pflegeeinrichtungen kümmert, aber man weiß, er hat die Daten der Grüber-Häuser aufgenommen und jetzt kann man mit ihm den nächsten Schritt besprechen und man fängt nicht immer gefühlt am Ausgangspunkt der Reise an, ist das eigentlich der entscheidende Punkt. – Vielleicht so viel von mir.

Vorsitzende Silke Gebel: Danke schön! – Herr Blume, möchten Sie noch etwas sagen?

Matthias Blume (Evangelisches Diakonissenhaus Berlin Teltow Lehnin): Ich würde eigentlich nur ergänzen. Wenn die Feuerwehr mit Erkundern fünfmal in die Einrichtung kommt, erzählen wir denen das gerne fünfmal, aber ich glaube, dass das System dahinter fünfmal beschäftigt wird, und zwar sitzen da Menschen, die tausend Dinge zu regeln haben, und sie werden viermal davon sinnlos beschäftigt. Das war unsere Überlegung zu sagen: Wenn es einmal aufgenommen ist, dann wäre es natürlich gut, wenn man dann fortan diesen Lotsen hätte, der einen ein Stück weit durch die Krise hindurchlotst. Das ist keine Eins-zu-eins-Betreuung, darum geht es mir nicht, sondern es geht darum, dass man einen Ansprechpartner hat, ohne sich wieder zentral über die 112 einwählen zu müssen. Man braucht da irgendwie den Kontakt. Es ist klar, dass in der Krise so ein Mensch nicht unmittelbar erreicht werden kann, dass man es vielleicht ein paarmal probieren muss und so weiter, dass das alles kompliziert ist; aber es geht um diesen einen, um das System nicht ungebührlich zu stressen.

Dann war die Frage: Welche Hilfe konkret? – Wir hatten im Unternehmensverbund ein Satellitentelefon, aber es hat keiner daran gedacht. Also bei den Krankenhäusern wäre es gewesen. Das war die Antwort auf Ihre Frage. Für die Pflegeeinrichtungen ist es zu überfordernd, ist es zu viel, aber wir hätten es gehabt.

Ein Gespräch mit dem Bezirk ist, glaube ich, sinnvoll. Jetzt im Nachgang noch mal sich mit dem Bezirk zu verständigen und zu sagen: Was ist jetzt eigentlich gut gelaufen, und was ist schlecht gelaufen? Was müssen wir in unserem Krisenschutzkonzept vielleicht anpassen, damit es künftig stressfreier abgeht? Das wäre sicherlich sehr hilfreich. – Die anderen Fragen hat Herr Blümchen beantwortet.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Frau Bauermeister!

Katharina Bauermeister (RENAFAN GmbH): Zu der Frage, ob die Mitarbeiter geschult werden: Das ist in der ambulanten Pflege ein bisschen schwierig. Wir besprechen das auf jeden Fall im Team, und die Erfahrungen werden alle zusammengetragen und Ideen entwickelt, wie man eventuell individuell auf die Menschen oder die Situation eingehen kann, denn es ist bei uns so: Zum einen sind natürlich nicht alle an einem Fleck, und zum anderen haben wir

auch nicht immer die gleiche Versorgung in den Touren, sodass man individuell darauf eingehen kann. Es kann einen Rahmenplan, ein Gerüst geben, aber ich denke, eine richtige Schulung daraus zu machen, muss im Team besprochen werden.

Zu den analogen Möglichkeiten, wenn bei uns im Büro komplett alles ausfällt: Wenn es nicht flächendeckend in Berlin und Brandenburg zu einem Stromausfall käme, könnten wir zumindest auch noch an anderen Standorten arbeiten, das heißt, wenn dort der Strom geht, könnte ich mich von dort in unsere Zentrale einloggen und die Touren zusammenstellen oder Patientendaten einsehen. Das wäre noch eine Möglichkeit, oder ich könnte es auch von zu Hause von einem Laptop aus organisieren und mich dort ins System einloggen.

Wo man sich melden könnte, eine zentrale Anlaufstelle: Die 112 ist so schon teilweise überlastet. Wenn wir einen ganz normalen Notruf absetzen aus der Häuslichkeit, stehen wir teilweise auch zehn Minuten in der Warteschleife. Ich weiß nicht, ob das eine Lösung wäre. Genauso ist es mit der 116117. Wenn ich mich an die Coronazeit zurückerinnere, sollte das Gesundheitsamt für uns Ansprechpartner sein. Auch das war irgendwann erst irgendwie möglich, da durchzukommen und jemanden zu bekommen. Ich weiß es nicht. Vielleicht sollte für solche Fälle tatsächlich eine ganz andere Extrastelle zuständig sein.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Frau Czyborra!

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP): Vielen Dank! – Es war noch mal die Frage nach sozial isolierten Menschen, also Menschen, die weder An- und Zugehörige haben noch in irgendwelchen sozialen Bezügen sind noch eine Nachbarschaft haben, die auf sie achtet, oder diese Nachbarschaft gar nicht an sich heranlassen. Das ist eine Situation, die in der Krise ganz schwierig ist. Das heißt, hier können wir meines Erachtens nur präventiv arbeiten durch solche Sachen wie präventive Hausbesuche, durch Altenhilfestrukturen in den Bezirken, dadurch, dass wir sensibilisieren, dass Menschen, die hilfsbedürftig, aber trotzdem komplett isoliert sind, natürlich in irgendeiner Form dann doch eine Nachbarschaft brauchen oder Menschen, die darauf aufmerksam machen, die Hilfestrukturen und Freiwilligenstrukturen und so weiter in Gang setzen, und das, bevor eine solche Krise einsetzt und nicht erst in der Krise. Wir arbeiten daran mit verschiedenen präventiven Strukturen, die wir haben.

Eine Frage war, ob Sicherheitskonzepte kontrolliert werden. – Sie werden nicht systematisch von uns auf gesetzlicher Grundlage kontrolliert und bewertet. Das sind Fragen, die wir uns sicherlich im Rahmen der Landespflegegesetzgebung, des Wohnteilhabegesetzes und so weiter gemeinsam anschauen müssen. Da haben wir durchaus im Rahmen der Wirkungsorientierung unseres Verwaltungshandelns einiges an Vorhaben da.

Dann gab es die Frage nach einer Konferenz zur Resilienz. Wir haben verschiedenste Formate, in denen wir sprechen, Landespflegeausschuss und so weiter. Ob wir jetzt zu diesem Thema eine Extrakonferenz machen – Frau Haußdörfer möchte etwas dazu sagen –, ist sicherlich überlegenswert, aber wie gesagt, ich würde zuallererst immer die bestehenden Formate und Kommunikationsstrukturen nehmen und dann gemeinsam sehen, was noch gebraucht wird.

Zu den Freiwilligen: Das war tatsächlich der richtige Hinweis. Ich finde schon, dass wir jetzt erst mal in unseren eigenen Verantwortungsbereichen genau gucken müssen, und dann müssen wir uns die Schnittstellen angucken. Dann müssen wir uns einen gemeinsamen Plan ma-

chen. Was ich mir auch wünschen würde, wäre, dass in Bezirksämtern, in Pflegeeinrichtungen vielleicht am Ende ein Plakat steht, wo ganz genau so ein Pfad ist: Im Falle von X rufe ich da und da an –, und diese Strukturen dann auch im Krisenfall ganz schnell aufgeschaltet werden und man nicht den Übergabepunkt sucht oder die Leitung. Da müssen wir natürlich hinkommen, dass diese Handlungssicherheit für alle besteht und dass wir das ebenenübergreifend und zwischen den Senatsverwaltungen so hinbekommen, dass alle diese Handlungssicherheit haben und dass diese Pfade dann auch ganz klar sind. Da haben wir ganz offensichtlich noch etwas zu tun in diesem Bereich.

Das gilt dann auch für das Register. Ich hatte es schon mehrfach gesagt: Ja, wir wünschen uns so ein Notfallregister, damit wir wissen, wo die Menschen sind, die unsere Hilfe jetzt am dringendsten brauchen. Wir haben bislang die Grundlagen dafür nicht, und wir wünschen uns natürlich, dass in Bund und Land die Grundlagen geschaffen werden, um so ein verbindliches Register zu haben, wo man im Notfall die aktuellen Daten hat, um die Situation einschätzen zu können, um möglichst schnell die Menschen aufzufinden, die die Hilfe am nötigsten haben. Wir wünschen uns das. Wir arbeiten daran, sind hier aber nicht alleine in der Verantwortung, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. – Vielen Dank! – Frau Haußdörfer wollte noch zur Konferenz zur Resilienz etwas sagen.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP): Genau! – Wir stehen vor der großen Herausforderung, dass wir 280 Dauerpflegeeinrichtungen, 110 Tagespflegeeinrichtungen, 17 Kurzzeitpflegeeinrichtungen, ungefähr 800 Wohngemeinschaften und 670 ambulante Dienste haben. Das ist die Situation, die wir allein im Bereich Pflege haben. Es gibt unterschiedliche Zugriffe, es gibt unterschiedliche Zahlen, es gibt unterschiedliche Wege. Ich glaube, das können wir einmal so festhalten. Natürlich haben wir im Übrigen vor, auch daraus wiederum unsere Lehren zu ziehen. Ich bin ja nun quasi zum dritten Mal von einem Stromausfall betroffen in anekdotischer eigener Evidenz, und ich kann nur sagen, es hat eben auch einen Grund, warum bestimmte Bezirke besser aufgestellt sind als andere, weil einfach die Not und eine entsprechende Krise dazu geführt haben, dass man sich angepasst hat.

Wir werden im Rahmen der zweigliedrigen Verwaltung nicht jedes Problem der Bezirke an jeder Stelle lösen können, wenn es nicht eigene Wege gibt. Wie Herr Blümchen gesagt hat: Die Einrichtung, der Bezirk muss als allererstes Mal für sich die Lage klären, was anhand welcher, ich sage jetzt mal, Grobmatrix an einzelnen Stellen abgeprüft werden muss. Dafür gibt es Handbücher, dafür gibt es Leitfäden. All dieses nutzt aber nichts, wenn man es nicht anwendet oder auch einmal durchspielt. Das ist ja das Thema, dass dann eben Lücken oder auch Fragestellungen, die man sich gar nicht so gestellt hat, weil es einfach bisher immer irgendwie funktioniert hat, dargelegt hat. Die Krankenhäuser wissen, allein auch aus eigener Erfahrung, dass mehr an Krise und Katastrophe anfällt, als beispielsweise eine Hitzekonzeption zu haben, gerade weil sie schon von Stromausfällen betroffen waren, gerade weil zum Beispiel Lieferketten nicht so funktioniert haben, übrigens nicht erst zu Coronazeiten, sondern auch zu anderen Zeiten, wo man sich überlegen musste, wie man beispielsweise Ausfälle von Material an anderen Stellen kompensieren kann. Das sind Dinge, die wir natürlich mit den Bezirken wie auch mit den entsprechenden Strukturen besprochen haben, und wir werden auch noch mal – so, wie wir im Übrigen auch die Ehrenamtsstrukturen und die Pflegestützpunkte informiert haben – hierauf einen besonderen Schwerpunkt legen in der Auswertung, und deshalb werden wir mit den Bezirken wie auch mit den Einrichtungen im Rahmen einer Videokonferenz diese Auswertung machen.

Die Hausaufgaben müssen die Bezirke aber auch für sich machen. Wir haben im Lagebild Berlin – das ist quasi so eine zentrale Datenlage, die insbesondere die Strukturen der kritischen Infrastruktur abfragt – auch die Aufnahme von Krankenhäusern, aber eben auch von stationären Pflegeeinrichtungen. Das hilft deshalb besonders, weil es in Berlin ja nicht so selten ist, dass zum Beispiel eine Bombe gefunden wird und dementsprechend evakuiert werden muss. Es braucht aber dafür, Frau Pieroth, eine entsprechende gesetzliche Grundlage, denn Datenschutz ist gut und wichtig und richtig, er muss aber auch an den Stellen operationalisierbar sein, wenn es denn darum geht, auch Menschen zu finden, die insbesondere Hilfe be-

nötigen. Das muss aber von beiden Seiten so gesichert sein, dass man damit umgehen kann. Deshalb gab es ja auch diese Struktur mit dem Notfallregister aus 2022, weil man genau aus diesen Strukturen gelernt hat.

Dementsprechend gehen wir davon aus – und das ist hier schon angeklungen –, dass wir vom Bund auch mit dem Gesundheitssicherstellungsgesetz eine Rahmenrichtlinie bekommen, welche weiteren Gesetze insbesondere anzupassen sind, weil natürlich auch hier im Rahmen dieses Auftrags der Vorsorge für die Krise – die Krise kann verschiedene Gesichter haben – die Prozesse zu etablieren sind. Dementsprechend braucht man die Erfahrungen aus diesen Krisen, damit wir eben strukturelle Verbesserungen angehen und Lösungen anbieten können, die mehrere betreffen. Es ist auch schon vorgekommen, dass nicht nur ein Bezirk betroffen war, sondern mehrere Gebiete zum Beispiel von zwei oder drei Bezirken betroffen waren, dann ist es eben auch möglich. Aber ich erwarte auch, dass, so wie ich eine Liste mit Telefonnummern meiner Kolleginnen und Kollegen, der Bezirksstadträte wie auch zum Beispiel der Gesundheitsamtsleitung habe, diese Informationen natürlich auch in einem Bezirk vorrätig sind und dass dieser Prozess – wie richte ich einen Krisenstab ein? und anderes – eben nicht nur geübt wird, sondern auch vorhanden ist. Am besten merkt man, wo diese Fragestellungen sind, die man sich stellt, zum Beispiel: Wer hat den Schlüssel? Wer schließt auf? Wie kommt man daran? – eben auch geklärt sind.

Ich will mal eines sagen: Die beiden Stromausfälle, aus verschiedensten Gründen, in Trepow-Köpenick waren an Dienstagen. Hier standen wir vor der großen Situation, wir hatten ein Wochenende, erschwerend kam noch hinzu das Wochenende nach den Weihnachtsferien, und an einem Wochenende haben eben nicht alle Einrichtungen der Träger offen, wo man nach Hilfe suchen kann und andere Dinge. Ich glaube, allein diese rein kalendarische Besonderheit ist zum Beispiel auch eine, die wir so im konkreten Fall auch durchspielen müssen beziehungsweise wo wir uns auch vorbereiten müssen, dass man eben auch in solchen doppelten Fällen weiß, wen ich wann wo wie erreiche, und zwar an den Stellen, wie es möglich war, denn die Einrichtungen sollten über den bezirklichen Krisenstab gehen, und der bezirkliche Krisenstab hat dann den Feuerwehrkrisenstab und den der entsprechenden Hauptverwaltung mit besprochen. Ich kann nur einen wirklich großen Dank an all diejenigen sagen, die das schon durchspielen mussten durch die tägliche Praxis!

Auf der anderen Seite geht es auch darum, diese Prozesse so etabliert bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu haben, die wahrscheinlich sonst gar nicht explizit dazu gekommen sind, damit man eben, in Führungszeichen, ein Team von Ansprechpersonen hat. Denn ich sage Ihnen auch, mehr als zwölf Stunden am Stück kann man solche Schichten schlecht durchführen. Wir müssen auch daran denken, dass unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesund bleiben und durch diese Krise kommen, damit sie eben ihre Aufgaben machen. Deshalb geht es nicht immer nur um eine Person, sondern das Wissen muss auf mehrere Schultern verteilt sein, sodass man schnelle Prozesse, schnelle Informationen und danach das weitere Handeln auslösen kann. Wir sind da unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr dankbar und auch denjenigen, die sich schon in den früheren Jahren um diese Teilaspekte von Krise, Katastrophe und wie wir im Notfall helfen können aufgestellt haben, aber wir sehen vor allem hier auch ein großes Wissen und ein Bedürfnis danach, dieses Wissen herzustellen. Da müssen Einrichtungen, Verwaltungen, Bezirke, Hauptverwaltungen aber auch zusammen gut agieren, und da werden wir die entsprechenden Erkenntnisse in die entsprechende Aufarbeitung mit einbringen und hoffen, dass das, was alles in Schriftform existiert, auch in der Praxis

gelebt wird. Das wird nur miteinander gelingen und im ressortübergreifenden Zugriff. Wir sind da gut gestellt als für Gesundheit und Pflege zuständige Verwaltung, aber es gibt auch noch viele Dinge, bei denen wir besser werden können, und als solches nehmen wir den Austausch hier heute, aber auch in den weiteren Formaten.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Dann ist jetzt die Redeliste fertig. Es wird jetzt so weitergehen, dass die Besprechungen vertagt werden, bis das Wortprotokoll vorliegt, dann werden wir das als Ausschuss auswerten und schauen, welche strukturellen Lehren wir als Ausschuss und als Parlament daraus ziehen. Dieses Wortprotokoll wird Ihnen dann ungefragt zugesandt, weil Sie darin ja vorkommen; nur, damit Sie sich nicht wundern und schon mal gehört haben. – Dann bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre Arbeit und Ihr Engagement und wünsche weiterhin gute Nerven! Danke, dass Sie heute da waren, und ich wünsche eine gute Woche! – Dann schließe ich den Punkt der Tagesordnung.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0364](#)
Einführung eines Pflegenotfalltelefons GesPflg
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0362](#)
Weitere Schritte für ein Pflegenottelefon für Berlin GesPflg
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- Vorlage – zur Beschlussfassung – [0361](#)
Drucksache 19/2843 GesPflg
Gesetz zur Änderung des Wohnteilhabegesetzes
- Vorabüberweisung –

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.